

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der Socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnements-Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3.30 Mk., monatlich 1.10 Mk.,
 wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-
 Nummer mit wöchentlichem Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pfg. Post-
 Abonnement: 1.10 Mark pro Monat,
 eingetragene in der Post-Verwaltung.
 Preisliste für 1902 unter Nr. 7878.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Bedingung
 beträgt für die sechsgezeigten Kolonnen-
 zeile oder deren Raum 40 Pfg., für
 politische und gewerkschaftliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 20 Pfg.,
 „Kleine Anzeigen“ jedes Wort 5 Pfg.,
 (nur das erste Wort frei). Inserate für
 die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Feiertagen bis 9 Uhr vormittags geöffnet.

Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“

Redaktion: SW. 19, Beuth-Strasse 2.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 1508.

Donnerstag, den 5. Juni 1902.

Expedition: SW. 19, Beuth-Strasse 3.
 Fernsprecher: Amt I. Nr. 5121.

Quittung.

Im Monat Mai gingen bei dem Unterzeichneten folgende
 Parteibeiträge ein:

Altona-Ottensen, von Formenschnitzern 15 Proz. d. Tagelohns am
 1. Mai 12.00, Altona, v. d. Arb. am Bau d. Tapetenfabr. Hausa-John
 15.—, Berlin, Beiträge der Wahlkreise: 1. Nr. 180.—, 2. Nr. 600.—,
 darunter angebliche Schuld mit Zinsen von Karl 15.—, Tischlerei
 von Schaub, Kellnerstraße 4.—, „Eid“ 10.—, Ueberich, v. Wahren
 Jacob durch Schröder 3.—, 3. Kreis 1000.— (darunter Kranz-
 überschuß der Nähmaschinenfabrik Herrmann u. Co. 4.35, M. B. (Ren-
 mark) 5.—, 4. Kreis Ost 3000.— (dar. Genossen des 160. Bezirks
 4.45, Arbeiter der Kautschuk- u. Gummifabrik 12.25, Möbel-
 fabrik Köhler, Kollatschenstr. 77 12.75, Arbeiter der Firma Lange u.
 Gutzzeit Kranzüberschuß 6.35, durch Altmendinger 10.—, 4. Kreis
 Südost 1000.— (dar. Kautschuk Artona 5.—, Schullehrer 1.70, Streich-
 hochzeit Oppelnerstr. 5.—, dicker Albert 3.—, Gesangs-Toublote 4.25,
 aus Listen von den Arbeitern d. Firma Westphal, Gilmmerstr. 32.90,
 Ueberich, der Kranzspende am 18. März von den Schrauben- und
 Mutterpressen der Firma Niem u. Söhne 12.60, ameril. Kautschuk am
 Stammtisch Eisenbahn- u. Rindfleischstr. 4.15, Wladodors Geburtst-
 ag 2.50.—, 5. Kreis, socialdemokratischer Verein 150.— (darunter
 Gen. A. K. 50.—, Ueberich, der Kranzspende der Fabrik Heiß u. No. 4.75),
 6. Kreis 3000.— (darunter Märzkrantz der Firma F. u. W. Lautenschläger
 3.40, Vierprozente von den Zimmerleuten am Bau Schmidt, Cuesfel-
 dstraße 4.—, A. B. bei Grünwald, Alt Moabit 46 2.65, G. J.
 Moabit, für Mai 3.—, für die Partei vom Stahlklub Radau Witzung
 Weelitz 10.55, E. W. 100.—, 7. Kreis Schönhauser Vorstadt 2000.—
 (darunter A. W. Wäfer 2.—, Verloftung auf einem Zohlabend in der
 Schwedterstr. 4.—, Russler-Waisener durch Ehrenfeld 10.—, Listen für
 Belgien 288.90, Parteitag-Protokoll 71.40, A. M. 1.—, Stahlklub
 Kullowert 4.50, Dr. A. H. u. Frau 10.—, Berlin, diverse Beiträge:
 Wächter 5.—, L. W. Stromstraße, 20.—, Dr. L. A. 50.—, Die
 Kontobuchhalter vom Wedding 5.—, Cigarettenfabrik A. Schülze,
 Friedrichselderstr. 7.20, Arbeiter und Arbeiterinnen der Buchbinderei
 von Bahing 10.—, Weislar 1.—, F. S. 50.—, A. B. 50.—, Kreis-
 stieg 1.—, Mitglieder des Verbandes deutscher Buchdrucker im „Vor-
 wärts“, die Hälfte der Raftammlung 46.50, Steinbrüder von
 D. E. Hermann 3.60, A. E. 1.00, von den Arbeitern und
 Arbeiterinnen von Wilhelm Barthel 11.—, Referat zur Wai-
 ser in Straßau-Nummernbuch 3.—, Silberne Hochzeit bei Hofen-
 stein, gesammelt durch Frau Reich 3.75, Drei socialdemokratische
 Techniker 1.50, Recordüberschuß und Vierlot der Nabispinner, Firma
 Hauer 2.50, E. Amz 5.20, von den Mitgliedern der H.-Dr. 6.95,
 Vant i. Odend., durch die Redaktion des „Vollst.“ für Belgien
 50.50, Viefefeld, vom deutschen Holzarbeiter-Verband durch E. A.
 für Belgien 50.—, Verndach i. Erzgeb., für Belgien gesammelt
 3.00, Vamburg, vom Gewerkschaftsblatt für Belgien 10.—, Weeslau,
 socialdem. Verein 50.—, noch für Belgien eingegangen 16.65, Sa. 60.65,
 Bremen, vom Gewerkschaftsblatt für Belgien 30.—, Vromberg,
 für Belgien durch P. St. 7.50, Vant-Bilhelmshaven 1. Quartal 1902
 48.—, Vern 50.—, Vochum, durch die Expedition des „Vollst.“
 46.15, Dresden, Maxtur 5.—, Gallenberg (Oberf.) 2.—, Forst
 i. L., Parteibeitrag 200.—, Friedrichshagen, ein armer Teufel 5.—,
 Göttha, durch den Vertrauensmann 60.—, Gießen, E. K. 10.—,
 Görde i. W., gesammelt von Mitgliedern des deutschen Holz-
 arbeiter-Verbandes, die am 1. Mai nicht feiern konnten 9.60,
 Hamburg, vom Sängerbund durch R. 500.—, Hamburg,
 3. Wahlkreis 3000.—, Pasiedt b. Bremen, v. Parteigenossen 10.—,
 Hamburg, v. Gewerkschaftsblatt für Belgien 341.97, Harburg a. Elbe,
 17. hannov. Wahlkreis 200.—, Hamburg, 1. Wahlkreis 3000.—,
 Hohenstein-Ernstthal, für Belgien gesammelt 11.55, Hamburg, im
 Monat Mai in der Expedition des „Vollst.“ eingegangen 461.50,
 Hagen i. W., Angenandt 3.—, Königsberg i. Pr., Parteibeitrag 100.—,
 Ludwigshafen a. Rh., von Arbeitsschmiedem für Belgien 10.—, Lübeck,
 Parteibeitrag 500.—, Mannheim, freiwillige Sammlung am 1. Mai
 Quadrat T 5, 20.50, Magdeburg, durch die „Vollstimmte“ für
 Belgien 176.90 (davon von den Parteigenossen in Burg 100.—),
 Mannheim, von P. W. für Belgien 20.—, Meerane, 17. sächs. Wahl-
 kreis 50.—, Mannheim, socialdemokr. Verein 200.—, München, Wald-
 läufer 5.—, Nürnberg, Marcel 2.—, Nürnberg, Altdorf, social-
 demokratischer Verein 20.—, Nürnberg, J. G. S. 5.—, Offen-
 bach a. M., von Gutmachern für Belgien durch M. i. Alfenburg 5.—,
 Obay-Strehlen-Kampff, von Genossen 20.—, Oelsnitz i. V., anderen
 Orten im Wahlkreise zur Nachzahlung 50.—, Paris 80.64,
 Pulsnitz im 3. sächsischen Wahlkreise, v. Vaterlandslofen Gefellen 2.50,
 Quedlinburg, Arbeiter-Bildungsschule 12.25, Remscheid, vom 1. Mai-
 Panoptikum 2.—, Rosdorf, ursprünglich für Belgien gesammelt, über-
 sandt durch A. W. 273.85, Rahnndorf, R. u. P. 6.—, Rißdorf,
 Gesangsverein Schneeglöckchen 5.—, Sanniedeberg i. Schl., Ueberich,
 einer ameril. Kautschuk durch den Vertrauensmann, 2.25, Straßburg i. E.
 Altvater 5.—, Stuttgart, G. H. 10.—, Steint, für Belgien ge-
 sammelt, überhandt durch G. F. 220.70, Stuttgart, ursprünglich
 für Belgien gesammelt durch die „Schwäb. Tagwacht“ 149.28,
 Stuttgart, für Belgien gesammelt, überhandt durch O. R. 87.27,
 Solingen, durch den Kreisvertrauensmann F. 15.—, darunter vom
 Volksverein Solingen 10.—, Tübingen, vom Arbeiterwahlverein 2.08,
 Wiesbaden, von den Tapezierern, Verband Wiesbaden, durch E.
 10.—, Württemberg 100.—, Zeitz-Weißenfels-Raumburg, Wahl-
 kreis 100.—

Berlin, den 3. Juni 1902.

Für den Parteivorstand:
 A. Gertzsch, Kreuzbergstr. 30.

Sächsische Gewerbe-Inspektion.

Das Sachse wird uns geschrieben:
 Der Bericht der sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten auf das
 Jahr 1901 ist soeben erschienen. Beim Studium der offensichtlich
 sorgfältigsten, oft im Telegrammstil gehaltenen Ausführungen gewinnt
 man das Gefühl, daß die Beamten, namentlich der Dresdener, ihre
 Aufgabe: Arbeitgeber und Arbeitern die gleiche Vereinfachung
 zur Vertretung ihrer berechtigten Interessen entgegenzubringen
 und dadurch eine Vertrauensstellung auf beiden Seiten
 zu gewinnen suchen, nur zu oft nicht gerecht geworden
 sind. Ein Teil der Beamten scheint von dem an-

erkenntniswerten Streben befeelt gewesen zu sein, mit den
 organisierten Arbeitern Fühlung zu erhalten. Für das
 sächsische Musterland des Arbeitertruges ist das immerhin eine
 Leistung, bei deren Kenntnisnahme dem sächsischen Spielbürgerlum
 eine Gänsehaut überlaufen wird. Der Dresdener Bericht be-
 merkt trocken: „Mit organisierten Arbeitern sind die Beamten der
 Gewerbe-Inspektion wiederholt in persönliche Berührung getreten.
 Zu einer im Reichsamt des Innern in Berlin anberaumten Beratung
 über Grundzüge, die für ein Gesetz über die Anfertigung von
 Cigaretten in der Heimarbeit aufgestellt worden sind, hatte die
 Gewerbe-Inspektion je einen Vertreter der Arbeitgeber und der
 Heimarbeiter der Cigarettenindustrie zu bezeichnen. Um einen
 Arbeitervertreter vorschlagen zu können, wurde mit dem Vorsitzenden
 der organisierten Hausarbeiter in Verbindung getreten. Die von
 letzterem gemachten Wahlvorschläge konnten nach eingehender Be-
 sprechung derselben an Amtsstelle voll berücksichtigt werden.“ Auch andere
 Berichte sprechen von den Arbeiterorganisationen nicht unfreundlich. Der
 Leipziger Gewerbe-Inspektor stellt fest, daß ihn die Arbeiter auf seinem
 Amtszimmer nur sehr spärlich aufsuchen und erklärt diese auffallende Er-
 scheinung durch die sich immer mehr ausbreitende Organisation. Die
 Arbeiter empfangen die gewünschte Auskunft vielfach in ihren Vereins-
 Abenden. Arbeiterorganisation und Fabrikinspektion werden hier in
 ihrer Wirksamkeit völlig gleichgestellt. Ein hohes Lob!

Niemlich natw klingt das Geständnis in dem Bericht aus Aue,
 daß, seitdem die Gewerbe-Aufsichtsbeamten bestrebt wären, jedes
 parteipolitische Interesse auszuschließen, die
 Arbeiter sie mehr als in früheren Jahren aufsuchten und auf die
 Vertretung durch Beauftragte verzichteten. Derselbe Beamte teilt
 übrigens auch mit, mit welchen Gefahren der Verkehr mit dem
 Gewerbe-Inspektor für die Arbeiter verknüpft ist. Ein Granit-
 steinwerk habe seine acht Arbeiter entlassen, weil sie nicht angeben
 wollten, wer von ihnen der Gewerbe-Inspektion Auskunft über eine
 in der Kantine übliche, aber ungelegliche Warenkreditierung erteilt
 habe. Die Entlassung sei ohne Kündigung und unter Lohn-
 einbehaltung erfolgt.

Unfreiwillig komisch lauten die Klagen über das Fiasco des
 von den bürgerlichen Socialpolitikern über den grünen Klee gelobten
 Systems der Arbeiterauschüsse. Der Chemnitzer
 Beamte bemerkt zum Beispiel enttäuscht: „Die Einrichtung der
 Arbeiterauschüsse... wird in Arbeiterkreisen vielfach verkannt. So
 war in einem Falle trotz Widerspruches des Arbeitgebers ein
 geistig nicht normaler Arbeiter in den Ausschuss gewählt
 worden... Es fand sich sonst niemand, der die Wahl annehmen
 wollte. Ferner wurde wahrgenommen, daß die Arbeiter bei wic-
 tigen Anlässen einen Sonderausschuss unter Leitung des händigen
 Arbeiterauschusses wählten und jenen beauftragten, mit dem Arbeit-
 geber zu unterhandeln. Aber auch die Arbeitgeber wollen nur zu
 oft von dem Arbeiterauschuss nichts wissen; entweder weil sie ihn
 beargwöhnen, socialdemokratischen Bestrebungen Vorlauf zu
 leisten — was ein Freiburger Großfabrikant behauptet —
 oder, weil sie, wie die Leipziger Arbeitgeber, Kellner-
 kollegien in den einzelnen Betriebsabteilungen lieber sehen.“

Sobald die Berichte auf die Zustände des vorigen Jahres
 zu sprechen kommen, zeigt die Anschauungsweise der Zuschau-
 vorlage ihre fortwirkende Lebenskraft. Die Sprachbilder, der Worts-
 schatz, das ganze Rüstzeug jenes Anbeldvertrages findet in diesen
 Darstellungen ihre Aufstärkung. Im Zwickauer Bericht heißt es
 von einem Arbeiter, er sei entlassen worden, weil er sich durch
 Aufreizung der übrigen Arbeiter bei dem Arbeitgeber mißliebig
 gemacht habe. Der Leipziger Gewerbe-Inspektor spricht von einer
 Reihe von Streiks als Auflehnungen. Schuld hätten an den
 Lohnbewegungen nicht selten die Arbeiter-Organisationen, deren
 Eingreifen zu einer Lockerung der ehemals guten Be-
 ziehungen zwischen Arbeitgebern und Arbeitern führe.

Das Muster einer tendenziösen und unlokalen Berichterstattung
 ist der Bericht über den Flaschenmacher-Streit in
 Dresden. Die Forderungen der Ausführenden werden richtig,
 wie folgt, angegeben: 1. Anerkennung des Koalitionsrechtes, 2. Be-
 legung des Streiks in den Glasbütten zu Reiburg-Schaanstein,
 3. Einführung des paritätischen Arbeitsnachweises, 4. Wieder-
 einstellung der gemäßregulierten Flaschenmacher und zwar rückwirkend
 auf ein Jahr.

Die Dresdener Gewerbe-Inspektion leistet sich hierzu einige
 „Sentiments“, von denen man sagen kann: jeder Satz eine Tendenz,
 jeder Gedanke eine Unwahrheit. Es heißt in dem Bericht wörtlich:
 Zu diesen Forderungen ist zu bemerken, daß das Koalitions-
 recht leitens der Fabrikleitung nie beschränkt worden ist und daß
 die Direktion der im Bezirk gelegenen Fabriken nicht die Macht
 besaß, auf Beilegung des Streiks in Reiburg einzuwirken.
 Weiter ist der paritätische Arbeitsnachweis durch den bestehenden
 Hamburger Arbeitsnachweis bereits insofern eingeführt, als
 ordnungsgemäß entlassene Arbeiter überall Anstellung finden;
 die Forderungen erstreckten jedoch einen Arbeitsnachweis, welcher
 das ausschließliche Bestimmungsrecht über die Anstellung der
 Arbeiter ihnen allein einräumen soll... Die wieder nach dem
 Streik eingetretenen Arbeiter wurden zu denselben Bedingungen,
 wie vor dem Streik, angenommen.

Wie es schon früher mit der Anerkennung des Koalitionsrechtes
 auf der Siemensischen Fabrik ansah, lehrte ein wenige Wochen vor
 dem Streikausbruch geschehener Vorfall. Das Kind eines Flaschen-
 makers kam mit 80 Exemplaren des Fachblattes des Glasarbeiter-
 Verbandes in die Fabrik, um die Blätter zu verteilen. Am Portal
 lag der Inspektor das Kind auf und nahm ihm die Zeitungen,
 die einen Wert von 8 Mark besaßen, ab. Aus Furcht
 vor Maßregelung wagte der Vater nicht, die konfiszierten
 Zeitungen zurück zu verlangen. Nach Wiederaufnahme der Arbeit
 mußten alle organisierten Arbeiter ihre Verbandsbücher auf dem
 Comptoir abgeben. 100 Arbeiter blieben ausgesperrt. Trotzdem

wagt der Dresdener Gewerbe-Inspektor zu behaupten, daß die
 Fabrikleitung das Koalitionsrecht nicht beschränkt
 bekämpfend für den Beamten ist der dreifache Widerspruch in den
 Angaben über den von den Arbeitern geforderten Arbeitsnachweis.
 Zuerst heißt es, die Ausständigen verlangten den paritätischen
 Arbeitsnachweis, dann behauptet der Gewerbe-Aufsichtsbeamte
 wenige Zeilen weiter, die Ausständigen erstreckten das ausschließ-
 liche Bestimmungsrecht über die Anstellung der Arbeiter. Was ist
 nun richtig? Man könnte fast auf den Gedanken kommen, der
 Herr weiß überhaupt nicht, was ein paritätischer
 Arbeitsnachweis ist. Das scheint wenigstens aus der
 Bemerkung hervorzugehen, daß der Hamburger Arbeits-
 nachweis in gewisser Hinsicht paritätisch sei. Dieser vom Rechts-
 anwalt Duhr geleitete Arbeitsnachweis ist eine Einrichtung des
 Flaschenfabrikanten-Ringes. Bei den Arbeitern ist er geradezu be-
 rüchrigt. Ein Arbeiter mag noch so ordnungsmäßig kündigt, wenn
 ihn sein Arbeitgeber behalten will, vielleicht weil er tüchtig ist, so
 erhält er keine Arbeit nachgewiesen. Der Hamburger Arbeits-
 nachweis hebt für die Flaschenmacher innerhalb des Ringes förmlich
 die Freizügigkeit auf. Daß der Dresdener Gewerbe-Inspektor in
 solcher Weise eintritt für die Fabrikleitung, die jetzt nur 120
 deutsche Arbeiter, dagegen 280 Ausländer, für die zur Abundung
 der geringsten Unbotmäßigkeit hektographierte Ausweisungsbefehle bereit liegen, beschäftigt — wird ihm das Vertrauen der
 Arbeitererschaft sicher nicht verschaffen.

Aber in noch einem andern Beziehung spielen die sächsischen
 Gewerbe-Aufsichtsbeamten eine höchst merkwürdige Rolle. Die
 verheerende Krise mit ihren Abjahlskündigungen und Industries-
 katastrophen führte bekanntlich im vorigen Jahre zu Massen-
 entlassungen auf dem Arbeitsmarkt. Man braucht ja nur die vor-
 jährigen Geschäftsberichte der industriellen Werke durchzusehen. Man
 wird kaum eine Fabrik finden, die nicht ihren Arbeiterbestand ver-
 minderte. Diese Thatsache ist auch durch die privaten Arbeits-
 losen-Zählungen der Gewerkschaften bestätigt worden.
 Nach Calwers Jahrbuch kamen auf 100 offene Stellen im März 1901;
 1222 Arbeitslose. Diese Zahl stieg im Oktober auf 198, im
 November auf 223,9 und im Dezember auf 240,6. Nichts desto
 weniger hielten es die leitenden Regierungskreise im Reich
 und in den Bundesstaaten für angebracht, eine besondere
 Arbeitslosigkeit (sachliche) abzulegen, wobei ihnen das Fehlen
 der amtlichen Arbeitslosen-Statistik sehr zu statten kam.
 Die sächsischen Gewerbe-Aufsichtsbeamten haben mit feiner
 Witterung dem Wunsche der Regierenden Rechnung getragen. Im
 Baugener Bericht liest man: „Arbeiterentlassungen haben nur
 in vereinzelten Fällen, welche hauptsächlich beim Maschinen-
 bau vorkamen, stattgefunden.“ Der Chemnitzer Beamte meint,
 eine erheblichere Arbeitslosigkeit sei im Berichtsjahre durch die
 Opferwilligkeit der Fabrikanten und die sächsischen Kostensparbeiten
 vermieden worden. In dem an das Ministerium des Innern für die
 Kreisamtmannschaft Dresden erstatteten Bericht der Gewerbe-
 Aufsichtsbeamten heißt es: „Eine Arbeitslosigkeit in erheblichem
 Umfange ist bisher von keinem der Berichterstatter beobachtet
 worden... Das Armenamt der Stadt Dresden hat bisher ebenfalls
 keine größeren Aufwendungen nötig gehabt, wie im Vorjahre. So-
 weit Bau- und Handarbeiter in Frage kommen, wurden von den Ent-
 lassungen meist die Ausländer getroffen... So wird denn auch von
 allen Berichterstattern das Vorhandensein eines wirklichen Not-
 standes in Abrede gestellt.“ Diefem Bericht sät die Gewerbe-
 Inspektion vorzüglich den orakelhaften Satz an: „Die Lage dürfte
 sich inzwischen, wenn nicht verschlimmert, so doch kaum
 verbessert haben.“

Mit dieser Behauptung, daß dem Dresdener Armenrat nichts
 von einer außergewöhnlichen Not bekannt sei, vergleiche man den in
 Nr. 181 des „Vorwärts“ abgedruckten erschütternden Bericht eines
 Dresdener Armenpflegers über das nackte Elend in seinem Sprengel.
 Nur der Leipziger Beamte konstatiert eine erhebliche
 Arbeitslosigkeit. Aus dem Bezirk Döbeln wird
 widerspruchsvoll geschrieben, eine erhebliche Arbeitslosigkeit sei nicht
 eingetreten, aber das Angebot der Stellenjuchenden sei erheblich
 größer gewesen als im Vorjahre.

Eine Widerlegung der Notstandsbehauptung durch die Zahlen-
 angaben der früheren Jahresberichte ist leider nicht möglich, weil vom
 1. Mai 1901 ab auf Anordnung des Reichslänglers die Zahl der
 zählpflichtigen Anzeigen, insbesondere durch Wiederein,
 Kreditorein, Buchdruckereien, kleinere Cigarettenfabriken vermehrt
 ist. Die Zählungsergebnisse des Berichtsjahres lassen sich daher mit
 denen des Vorjahres nur in beschränktem Maße vergleichen.

Wider Willen liefern die Berichte aber democh einen Ueberfluß
 von Belegen für die Leiden, die das Proletariat im vorigen Jahre
 durchgefohret hat. Die Chemnitzer Gewerbe-Inspektion stellt fest, daß
 sich der Fleischverbrauch, auf den Kopf der Einwohnerchaft
 berechnet, im Berichtsjahre in der Stadt Chemnitz auf 48,12 Kilo-
 gramm (4,70 Kilogramm oder 9 Proz. niedriger als im Vorjahre),
 in der Stadt Frankenberg auf 48,88 Kilogramm (2,76 Kilogramm
 oder 5,9 Proz. niedriger als 1900) stellte. Alle Gewerbe-Ins-
 pektoren konstatieren Beschränkungen der Arbeitszeit und Lohn-
 herabsetzungen. Letztere betragen im Jitzauer Bezirk 10—50 Proz.,
 in Chemnitz 12—25 Proz., in Meißen 10—15 Proz.

Mit dem Institut der Fabrikinspektorinnen hat das
 konservative sächsische Beamtentum, das noch immer an dem
 reaktionären Traum festhält, daß die Frau von Gottes und Rechts
 wegen nur in die Küche gehört, noch immer nicht seinen Frieden ge-
 schlossen. Dabei macht der sächsische Staat mit dieser Einrichtung
 ein sehr gutes Geschäft. Er zahlt den Fabrikinspektorinnen ober,
 wie er sie stüllet, „weiblichen Vertrauenspersonen“, nur je 400 M.
 das Jahr. Eine männliche Arbeitskraft, die dasselbe leisten müßte,
 würde wahrscheinlich das zehnfache Gehalt beziehen. Der Titel

Vertrauensperson" soll übrigens nicht ohne weiteres andeuten, daß die Fabrikinspektoren das Vertrauen der Regierung haben. Der Dresdener Bericht teilt mit, daß die Angelegen der weiblichen Vertrauenspersonen von der Inspektion kontrolliert wurden und in den meisten Fällen zu übereinstimmenden Einschätzungen geführt haben. Die Notwendigkeit der weiblichen Vertrauensperson leuchtet der Dresdener Gewerbe-Inspektion so wenig ein, daß sie dringlich schreibt: "Die vorgeschriebenen Beschränkungen und Wünsche waren nicht verlässiger Natur, daß dieselben nicht auch einem Beamten gegenüber ausgesprochen werden könnten."

Weiter war in der konservativen Presse gegen das Institut der Fabrikinspektoren der Einwand erhoben worden, es werde von den Arbeiterinnen zu wenig benutzt. Der Bericht teilt nun mit, daß sich die Benutzung der Sprechtunde der weiblichen Vertrauenspersonen gehoben habe. Insgesamt waren 54 Personen erschienen. Wenn auch diese Ziffer der Reaktionspresse noch zu gering erscheinen sollte, so mag sie daran erinnert werden, daß ebenfalls die Sprechtunden der männlichen Beamten wenig Benutzung finden und zwar aus nahe liegenden Gründen. Der Besuch der Fabrikinspektion ist heutzutage noch immer ein Wagnis für die Arbeiter. Der amtliche Bericht giebt selbst folgendes an: "In zwei Fällen haben Arbeitgeber der weiblichen Vertrauenspersonen bei Gelegenheit von Besuchen in den Fabriken die Mitteilung gemacht, daß auf den Verdacht hin, Beschwerden bei der Vertrauensperson erhoben zu haben, gleich mehrere Arbeiterinnen entlassen worden sind, gleichviel, ob dieselben bei der Beschwerde beteiligt waren oder nicht."

Auch im Jahre 1901 vermochten die Gewerbe-Inspektoren nicht alle ihnen unterstellten Betriebe zu revidieren. In der Reichshauptstadt Dresden wurden nur 32,4 Proz. der industriellen Anlagen mit 62,7 Proz. aller gezählten Personen besucht.

Das Gesamtbild der diesjährigen Jahresberichte charakterisiert man am besten dahin, daß die Unternehmer mit den darin zum Ausdruck gelangenden Anschauungen durchaus zufrieden sein können. Sie finden nichts ihnen Nachteiliges in dem neuen Mandatbuch, dagegen alle ihre noch so unbedeutenden Wohlfahrtsmaßnahmen und Einrichtungen sorgfältig registriert. Das Verständnis für die Aufgabe einer ersten Fabrikinspektion ist in Sachsen noch immer recht gering.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 4. Juni.

Der Reichstag

Hat am Mittwoch den Rest der Novelle zum Branntweinsteuer-Gesetz glatt erledigt und zwar durchweg nach den Kommissionsbeschlüssen. Das Kommissariat der Branntwein-Interessenten hat gehalten und Herr Gamp, der Referent, konnte vergnügt sagen, als der Präsident die Erledigung der Vorlage bis auf die Schlussabstimmung ankündigte. Auch in der Schlussabstimmung wird die Vorlage mit großer Mehrheit angenommen werden, denn eine namentliche Abstimmung ergab heute schon ein Verhältnis von 201 zu 71 und dabei ist diese Zahl für die Minorität noch dadurch günstig, daß eine Anzahl württembergischer und badischer Abgeordneter der nationalliberalen und Centrumpartei gerade bei dieser Abstimmung mit der Opposition stimmten.

Die Diskussion gestaltete sich im Plenum lange nicht so eingehend wie bei den Kommissionsberatungen. Die Mehrheit hatte offenbar, wie Herr Pachnide meinte, mehr Lust zum Dekretieren als zum Diskutieren und hielt sich außerordentlich zurück. Nur bei zwei Punkten setzte eine längere Debatte ein: bei der Frage der Maisbottichsteuer und dann bei der Brennsteuer. Genosse Wurm wies eingehend nach, daß die Maisbottichsteuer eine versteckte Liebesgabe für die großen Brenner darstelle, er zeigte ferner, daß die Agrarier erfolgreich bemüht sind, die Genossenschaftsbrennereien der kleinen Brenner nach Möglichkeit einzuschränken und ihre Konkurrenz zurückzuhalten. Besonders übel sind die kleinen württembergischen Brenner fortgekommen. Die Obstbier haben ein neues Absatzgebiet in Württemberg plötzlich zu erzwingen und die Interessen der Maisbauer schwer zu schädigen. Den Warnungsrufen von der Linken schlossen sich auch zwei Bundesratsvertreter von Württemberg und Baden an. Aber die kompakte Majorität ließ sich nicht erschüttern, wie die namentliche Abstimmung ergab.

Bei der Frage der Brennsteuer nahm Wurm Gelegenheit, das gefährliche Treiben des Spiritusringes gründlich zu beleuchten. Die parlamentarischen Freunde der Spiritus-Centrale bemühen die Klinte der Gesetzgebung, um die technische Entwicklung zurückzuhalten. Es ist sehr charakteristisch, daß der einfache Hinweis auf die Möglichkeit, daß künftig im größeren Umfang Spiritus aus Torf erzeugt werden könne, die Herren veranlaßt hat, sofort eine erhöhte Steuer für diejenigen Brennereien, die Zellstoffe verarbeiten, vorzuschlagen. Andererseits hob Wurm mit Recht hervor, daß der Ring die Aufgabe verfolgte, den Preis für Spiritus zu steigern, daß die Brennsteuer aber eine weitere Liebesgabe aus den Taschen der Konsumenten darstelle.

Die Geltungsdauer der neuen Staffeln der Brennsteuer wurde nach dem Kommissionsvorschlag auf 10 Jahre bemessen.

Am Donnerstag steht neben Petitionen der Toleranzantrag des Centrums auf der Tagesordnung.

Die Junker als Idealisten.

"Wir Landwirte sind eben Idealisten" — dieses befreiende Wort rief am Mittwoch im preussischen Abgeordnetenhaus der Herr von Mendel-Steinfeld aus. Wir ahnten das längst. Ihre ganze Politik ist ja nur selbstloser Idealismus. Wenn die Junker Buhergelbe fordern, so ist ihnen die Rebenerschneidung, daß sie selbst Vorteil von ihnen haben. Ihr idealer Zweck ist lediglich, die Bauern zu schädigen, und dann wünschen sie die Mittel zu erlangen, um ihre Landarbeiter besser bezahlen zu können.

Diese idealistische Rücksicht auf die Landarbeiter, mit deren Wohl sie die Güte begründen, wird dann in Preußen ergänzt durch die Forderung der Bestrafung des Kontraktbruchs. Auch hier leitet sie reiner Idealismus: Einmal möchten sie das Rechtsgesühl der Landproletarier stärken, und dann möchten sie ihre Arbeiter vor dem Schicksal bewahren, daß sie, die sie schon gnädiglich vor dem Kontraktbruch beschützen, das Notwehrmittel des Kontraktbruchs anzuwenden. Der Idealismus der Junker duldet es nicht, daß die Landarbeiter sich die Rache machen sollen, aus eigener Kraft ihre Lage zu verbessern. Die Gutsherren geben alles, was sie haben, freiwillig und verschwenderisch her; sie leben überhaupt nur für ihre Leute.

Von solchem Idealismus war die ganze Verhandlung am Mittwoch erfüllt; die konservativen interpellierten die Regierung, ob sie die Wöhrst hat, sobald einen Gesetzentwurf gegen den Kontraktbruch in Arbeitsverhältnissen einzubringen.

Aus dem Wortlaut der Interpellation konnte man schließen, daß es auf die Bestrafung des Kontraktbruchs überhaupt abgesehen sei;

die Begründer derselben aber ließen keinen Zweifel darüber aufkommen, daß sie lediglich gegen ländliche Arbeiter vorgehen beabsichtigten. Sie wünschten, wie aus den Reden der Herren v. Pappenheim (L), v. Mendel-Steinfeld (L), Goerdeler (St) und Friyen (C) deutlich hervorgeht, daß sowohl der Kontraktbruch der Arbeiter als auch der des Arbeitgebers mit Strafe belegt wird; sie fordern eine Ausdehnung des Gesetzes von 1854 auf ganz Preußen und auf alle ländlichen Arbeiter, und zwar schwebt ihnen als Muster das anhaltische Gesetz vor Augen.

Die Regierung hatte ihre kleine Auseinandersetzung mit den Agrariern vom Montag längst wieder vergessen. Sie waren wieder ein Herz und eine Seele, und Herr Pobjielski, der Landwirtschaftsminister dieser heißen Tage, bereitete sich, die Kontraktbruchsvorlage für die nächste Session anzukündigen. Es fiel ihm nicht ein, den Kompetenzkonflikt zu erheben und die Junker zu belehren, daß das Kontraktrecht und die Einführung neuer Strafen Reichs Sache sei.

Freilich die Regierung scheint doch ein wenig das Obium eines solchen neuen Ausnahmegesetzes gegen den Landproletarier. Und so ist sie auf den wunderbaren Ausweg verfallen, daß sie nur den Arbeitgeber bestrafen will, der kontraktbrüchige Arbeiter annehme, sowie die Vermittler, die zum Kontraktbruch verleiten, aber nicht die Arbeiter, die Kontraktbruch begehen.

Das scheint geradezu übergerecht, läuft aber sachlich auf dasselbe hinaus, als ob man die Arbeiter allein bestrafen würde. Den Agrariern liegt gar nichts daran, daß ihre "Arbeitskräfte" in Haft genommen und dadurch der nationalen Arbeit auf einige Zeit entzogen werden. Es ist sogar für sie viel vorteilhafter, wenn allein ihre Standesgenossen gezwungen werden, keine kontraktbrüchigen Arbeiter anzunehmen, denn dadurch werden wenigstens für Preußen die Kontraktbrüchigen dem Hunger preisgegeben. Dieses famos Kontraktbruch-Gesetz gegen die Arbeitgeber bedeutet im Grunde nichts anderes, als die gesetzliche Einführung von schwarzen Listen, mit der Maßgabe, daß die Unternehmer von Staats wegen bestraft werden, die sich den Weisungen der schwarzen Listen nicht fügen.

Anßerdem aber würde das Gesetz nach der Pobjielskischen Ankündigung eine juristische Monstrosität darstellen; denn es würde danach die Verleitung zu einer nicht strafbaren Handlung strafbar sein.

Es geht übrigens aus den Klagen der agrarischen Wortführer über ihre Kollegen, die schänderweise kontraktbrüchige Arbeiter beschäftigen, das hervor, daß die Solidarität dieser Idealisten sich auf die Possimiden, Liebesgaben- und Unterdrückungsforderungen beschränkt, während sie gegeneinander kämpfen, wenn es gilt, unter dem Zwang der Rententot sich Arbeitskräfte zu sichern. Das neue Gesetz wird also eigentlich ein Schmeichelei zu Gunsten der reinen Idealisten gegen agrarische "Schwarzheime", zur Förderung landwirtschaftlicher Kartelle.

Den Interpellanten traten von freisinniger Seite die Abg. Dr. Girsch, Goldschmidt und Barth nicht übermäßig kräftig entgegen. Letzterer bestritt die Kompetenz des Landtages zum Erlass eines derartigen Gesetzes, das eine Durchdringung der Reichs-Gesetzgebung bedeuten würde.

Die Nationalliberalen beteiligten sich nicht an der Debatte. Uebrigens nahm die ganze Beratung kaum zwei Stunden in Anspruch. Kein Wunder, wenn man bedenkt, daß die glücklichen Inhaber von Doppelmmandaten eilrig in den Reichstag mußten, um die Liebesgabe der Brennsteuer einzubringen!

Donnerstag: Zweite Lesung der Polenvorlage.

Deutsches Reich.

Neuer Konflikt in Sachsen.

Seit sechs Jahren bedroht ein reaktionärer Sondersteuer-Entwurf gegen die Warenhäuser und Konsumvereine das wirtschaftliche Leben des Königreichs Sachsen. 1898 beantragten die Abgeordneten Müller und Genossen eine Umsatzsteuer von 3 Proz. für Warenhäuser und Konsumvereine und verlangten die Vorlegung eines entsprechenden Gesetzentwurfs. Die Regierung legte dem nächsten Landtage das gewünschte Gesetz nicht vor, gestattete aber durch eine Ministerialverordnung die Erhebung einer Warenhaus- und Konsumvereinststeuer durch die Gemeinden. Am 9. April 1900 beantragte die zweite Kammer nochmals, die Regierung möge dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf über die Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel unterbreiten. Auch diesem abermaligen Wunsche entsprach die Regierung nicht. Dagegen richtete sie am 4. März 1902 an den Landtag eine Denkschrift, worin sie von einer staatlichen Regelung der Warenhaus- und Konsumvereinststeuer abriet und die Beibehaltung des gegenwärtigen Zustandes empfahl, wonach die Einführung der Steuer dem Willen der Gemeinden anheimgegeben ist. Die treffliche, vom Ministerialdirektor Diller verfaßte Denkschrift, die sofort von der "Leipziger Volkszeitung" als Broschüre herausgegeben wurde, zeigte namentlich an der Hand eines reichen statistischen Materials, daß die Zahl der Kleinhandelsbetriebe in den sächsischen Städten in den letzten zehn Jahren unverhältnismäßig gewachsen sei, daß also von einer Verdrängung der Kleinhandelsbetriebe durch Warenhäuser und Konsumvereine keine Rede sein könne und daß auch der Umsatz der Kleinhandelsbetriebe im gleichen Zeitraum gestiegen sei.

Durch diese Beweisführung, die als geklärt bezeichnet werden muß, war eigentlich jede Verhängung einer Sondersteuerung entzogen, zumal die Denkschrift unter Hinweis auf das Plazo der preussischen Warenhaussteuer die Wirkungslosigkeit derartiger Tendenzsteuern überzeugend darlegte.

Die Denkschrift veranlaßte die Reaktionsäre der zweiten Kammer ganz gewaltig. Die Gesetzgebungs-Deputierten, die der Denkschrift zur Beratung überwiesen worden war, machte sich daran, mit verbissener Rechtshaberei und jesuitischer Sophistik Satz für Satz an der Denkschrift herumzunörgeln und dann nochmals eine staatliche Regelung der Besteuerung der Großbetriebe im Kleinhandel zu verlangen.

Daraufhin gab der Geh. Regierungsrat Dr. Roscher für die königliche Staatsregierung folgende an Denkschrift nichts zu wünschen übrig lassende Erklärung ab, in der es u. a. heißt:

Der Antrag der geehrten Deputation, die Besteuerung der Kleinhandels- und Großbetriebe getrennt werden, nicht auch die wichtigere Frage, wie können Kleinbetriebe dieses Zweiges gefördert werden. . . .

2. Nach dem Antrage müßte . . . die Autonomie der Gemeinden in einer wichtigen Angelegenheit wesentlich beschränkt werden. Während jetzt von je 100 sächsischen Gemeinden mit 1000 oder mehr Einwohnern nur fünf eine solche Sondersteuer eingeführt haben, würden nach dem Antrage die 95 Gemeinden, die wegen Fehlens eines örtlichen Bedürfnisses oder aus sonstigen Gründen von einer solchen Steuer bisher absehen, zur Einführung genötigt werden.

3. Nach dem Antrage müßte die Sondersteuer zu legen sein . . . auch auf Konsumvereine, die in anderen deutschen Staaten der Sondersteuer nur dann unterliegen, wenn sie die Eigenart von Warenhäusern angenommen haben. . . .

Die Deputation hat, wie sie in ihrem Bericht vom 2. Juni erklärt, aus diesen Ausführungen der Regierung keinen

Ausatz nehmen können, von ihrem Wege abzugehen und beauftragt jetzt, die Kammer wolle beschließen, die Regierung zu ersuchen, dem nächsten Landtage einen Gesetzentwurf vorzulegen, nach welchem die Gemeinden verpflichtet werden, die Warenhäuser und Konsumvereine mit einer Umsatzsteuer zu belegen. Ein Betrieb soll als steuerpflichtiger Großbetrieb angesehen werden, wenn sein jährlicher Mindestumsatz beträgt bei einer Einwohnerzahl bis zu 10 000: 50 000 M. usw. bei einer Einwohnerzahl von mehr als 200 000: 200 000 M.

Wenn der die Regierung brückende Deputationsbeschluss von der zweiten Kammer angenommen werden sollte — und hieran ist bei der reaktionären Verfassung der Kammermehrheit kaum zu zweifeln —, so würde das Gesamtministerium, falls es sich um ein parlamentarisch regiertes Land handelte, sofort seine Entlassung zu nehmen haben. Bei unsren eigenartigen sächsischen Verhältnissen kann man natürlich nicht voraussetzen, was geschehen wird.

Was wird geschehen? Wird sich der durch den Maßrechtsbrauch als brutal und rücksichtslos berüchtigte Landtag die dreimalige Nichtachtung seines Wunsches nach der Warenhaus- und Konsumvereinst-Steuer ruhig gefallen lassen? Auf der andern Seite: Ist es möglich, daß eine Regierung, die sich durch die Denkschrift und viele Erklärungen auf ein bestimmtes Programm festgelegt hat, plötzlich ihre Ansicht wie ein Hemd wechselt? Ist es möglich, daß eine Regierung das wagen kann, ohne vor aller Welt ihre Autorität völlig einzubüßen und dem Vorwurf der Gesinnungslosigkeit zu verfallen?

Die Fragen werden erkennen lassen, welche Schwierigkeiten die Lösung des Konflikts bietet. Keiner der beiden streitenden Teile kann aus dem Konflikt ohne empfindliche Minderung seines Anspruchs herauskommen. —

Anti-polnische Inzeraten-Abtreibungs-Politik.

Mit welchen Mitteln unsere Galatisten das Polentum bekämpfen, das geht aus folgendem Rundschreiben hervor, das der Deutsche Osmarken-Verein, Ortsgruppe Berlin, an eine hiesige Firma gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr!

In der hier erscheinenden polnischen Zeitung finden wir ein Inzerat mit Ihrer werthen Firma; vielleicht ist es durch ein Annoncen-Bureau ohne Ihren Willen aufgegeben, wir halten uns deshalb verpflichtet, Sie zu bitten, folgende Ausführungen zu erwägen und demgemäß zu verfahren.

Die polnische politische Presse, zu der jenes Organ gehört, ist keinem gerechtfertigten Bedenken der Bedrückung entzogen, sondern dem Agitationsbedürfnis von National-Polen, deren letztes Ziel die Verdrängung von Gebietsteilen des preussischen Staates und die Errichtung eines Poleneiches ist. Jeder Deutsche, der durch Bezug oder durch Anzeigen die polnische Presse fördert, unterstützt damit auch zugleich die national-polnische Agitation und eine Kampfesweise, die sich unerhörter Ausdrücke — z. B. hat die "Gazeta Brudziowska" die Preußen als "Bestiast" bezeichnet — gegen die Deutschen bedient. Das gegen alles Deutsche schärft und die Verteidiger deutscher Kultur wirtschaftlich und sozialpolitisch zu vernichten sucht.

Der wahre Charakter der polnischen Presse, deren Leser übrigens in der Mehrzahl zweifelsohne den untersten nicht kaufkräftigen Schichten der Bevölkerung angehören, ist offenbar nicht allgemein im deutschen Vaterlande bekannt, sonst würden die Herren Industriellen, Kaufleute etc. wohl schwerlich dieser Presse irgend welche Unterstützung zu teil werden lassen. Die deutschen Zeitungen sind vollständig ausreißend zur Unterdrückung und zum Abzug der Waren etc. unter der werksamen lauffräftigen Bevölkerung.

Aus den dargelegten Gründen bitten wir Sie recht dringend, fortan nicht mehr in den polnischen Zeitungen zu inserieren. Freuen würden wir uns, wenn wir recht bald wahrnehmen könnten, daß Ihre Firma Wert darauf legt, zu den Förderern des Deutschen gerechnet zu werden.

Ergebenst

der Vorstand der Ortsgruppe zu Berlin.

Blume, Major z. D.

Diese Politik kleinlicher Geschäftschädigung wirkt um so widerwärtiger, als unsere deutschen Polenreifer sich nicht genug darüber entrüsten können, wenn die bedrückten Polen zum Kampfmittel des Doppelts greifen.

Uebrigens ist das Schreiben vervielfältigt, scheint also an jeden deutschen Inzerenten in polnischen Blättern verhand zu werden. —

Unberechtigte Versammlungsauflösung.

Die vorjährige Landesversammlung der Welfenpartei in Hannover tagte am 19. Mai in Lüneburg unter dem Vorsitz des Rittergutsbesizers v. d. Deden-Aden-dorf. Zunächst sprachen v. d. Deden und Reichert v. Wangenheim im Sinne der welfischen Anschauungen. Dann sprach als dritter Referent der Lehrer Alpers, der über "Recht oder Unrecht" sprach. Im Laufe seiner Ausführungen behandelte er die Stellung der verschiedenen Parteien und Ängerte mit Bezug auf die Alldentschen, sie seien durch ihre Abstammung von den Nationalliberalen erblich belastet mit der preussischen Kleptomantie. — Wegen dieser Worte löste der anwesende Polizeidirektor Barnstedt die Versammlung auf, nachdem er u. noch einige Ausführungen hatte machen lassen und vergeblich eine Bitte des Vorsitzenden über jene Verurteilung erwartet hatte. Die versammelten 1500 Personen entsetzten sich ruhig.

Der Einberufer, Rittergutsbesitzer v. Meding, und der Vorsitzende v. d. Deden beschwerten sich vergeblich beim Regierungspräsidenten und beim Oberpräsidenten. Der Oberpräsident begründete den ablehnenden Bescheid wie folgt: Der Verstoß, die Verurteilung über die preussische Kleptomantie als harmlos hinzustellen, sei missig. Sie habe in Wirklichkeit bezweckt, den König Wilhelm I. von Preußen und die durch denselben aus Anlaß der Ereignisse von 1866 getroffenen Staatseinrichtungen verächtlich zu machen. Dieser Auffassung habe sich auch die Staatsanwaltschaft durch Erhebung der Anklage als auch das Landgericht angeschlossen, indem er Alpers auf Grund des § 131 des Strafgesetzbuches wegen Verächtlichmachung von Staatseinrichtungen zu 300 Mark verurteilte. Nach verschiedenen Kommentaren des Vereinsgesetzes sei der strafbare Inhalt einer Rede ein Auflösungsgrund. Aber auch auf Grund des § 10, II 17 des Allgemeinen Landrechts sei die Auflösung gerechtfertigt, denn danach habe die Polizei für die Aufrechterhaltung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu sorgen. In der offensbaren Verhöhnung der Staatseinrichtungen sei eine Störung der öffentlichen Ruhe und Ordnung zu erblicken. Eine Wiederholung habe die Polizei vorbeugen können.

Die Beschwerdeführer klagten nun beim Ober-Vergewaltigungsgericht, vor dem die Angelegenheit am 3. Juni zur Verhandlung kam. Baron v. d. Deden betonte, daß in der ganzen Versammlung außer dem Herrn Polizeidirektor Barnstedt niemand aufgeregt gewesen sei.

Das Ober-Vergewaltigungsgericht hob den Bescheid des Oberpräsidenten auf und erklärte die Versammlungsauflösung mit folgender Begründung für unberechtigt: Der Senat faßte sich bezüglich der Verurteilung über die preussische Kleptomantie dem Strafriater dahin an, daß eine strafbare Handlung im Sinne des § 131 des Strafgesetzbuches vorliege. Das Vorliegen dieser strafbaren Handlung allein genüge aber nicht zur Rechtfertigung der Auflösung. § 5 des Vereinsgesetzes ermächtige die Polizeibeamten zur Auflösung in drei Fällen: wenn die Bezeichnung der Anmeldung fehle, wenn Verworfene erschienen und wenn in der Versammlung Anträge oder Vorwürfe erörtert werden, die eine Aufforderung oder Anreizung zu strafbaren Handlungen enthalten. Von einer solchen Aufforderung oder Anreizung könne indessen hier nicht die Rede sein. Am gelte allerdings, im Gegensatz zur Annahme des Klägers, auch in Hannover § 10 II 17 des Allgemeinen Landrechts, wonach die Polizei die nötigen Maßnahmen zur Verhinderung von Störungen der öffentlichen Ruhe, Ordnung und

Sicherheit treffen könne. Gegenüber einer Mehrheit von Personen, die das Versammlungsrecht ausüben, sei jedoch die Polizei an das Vereinsgesetz gebunden, soweit dieses auf dem Gebiete der allgemeinen politischen Befugnisse Specialvorschriften enthalte. § 10 II 17 läßt hier nur in Betracht, wenn gewisse Ausweichungen zu befürchten gewesen wären. Das sei hier nicht der Fall. Die Auflösung der Versammlung sei somit für unberechtigt zu erklären.

Eine parlamentarische Neuheit. Die konservative Partei des Abgeordnetenhauses hat beschlossen, an den Herrn Justizminister das Eruchen zu richten, den Gesetzentwurf über die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst zurückzuziehen.

Das ist im parlamentarischen Leben Preußens noch nicht dagewesen. Die Juncker arbeiten offenbar geraden Wegs auf die Parlamentsherrlichkeit los. Dieser Beschluß ist eine Art Gegenstück zu der pöblichen Heimlichkeitschuld des Abgeordnetenhauses in der vorigen Session. Damals erklärte Graf Bülow, daß er auf die Weiterberatung der Kanalvorlage keinen Wert mehr lege und deshalb die Session schlohe. Jetzt veranlagten sich die konservativen Abgeordneten und erklärten einer hohen Regierung, daß sie keinen Wert mehr auf die Durchberatung zweier Gegenstände legen.

Die Juncker wollen so schnell wie möglich Schluß der Session haben, um frühzeitig im Herbst mit preussischen Vätern wieder zur Stelle zu sein, wenn im Reichstag die zweite Lesung der Sozialvorlage stattfindet.

Die Generalversammlung des Zuckerringes hat am Mittwoch in Berlin getagt. Die Mehrheit der Versammlung erklärte die Verschleierkonvention für unannehmbar. Ein war man sich darin, daß die Verbrauchsabgabe auf mindestens 10 M. herabgesetzt und Saccharin in die Apotheken verwiesen werden müsse.

Martens Freilassung. Der aus dem Nordprozeß Krollig bekannte Unteroffizier Martens ist am Dienstag nach Verbüßung der gegen ihn wegen Fahnenflucht erkannten einjährigen Gefängnisstrafe aus dem Danziger Militärgefängnis entlassen worden und sofort nach der Heimat abgereist. In Gumbinnen wurde er von seinen Eltern und vielen Andern in rührenden Szenen des Wiedersehens empfangen.

Sie haben ihn wieder — den Dreischrafen. Triumphierend verkündet die „Staatsb.“, daß ihr Pädler, Schloßherr von Klein-Dickm, aus der Schweiz zurückgekehrt sei. Der edle Dreischraf soll demnach in einer Versammlung die Belustigungen der feigen Berliner, die an solchen Späßen Vergnügen finden, von neuem betreiben. Der gegen ihn erlassene Stadtbefehl ist, nach dem amtlichen Blatt, außer Wirkung gesetzt worden, nachdem Graf Pädler Kaution an Gerichtsstätte in Glogau niedergelegt hat.

Eisenbahnvertrag zwischen Hessen, Preußen und Baden.

Darmstadt, 4. Juni. Zweite Kammer. Zur Beratung steht der Staatsvertrag zwischen Hessen, Preußen und Baden betreffend Vereinfachung der Verwaltung der Main-Neckarbahn. Finanzminister Grauth führt aus, der Vertrag sei lediglich eine Folge des Gemeinschaftsvertrages von 1896. Die Verlegung der Genehmigung würde unlogisch und unnütz sein, namentlich deshalb, weil der Vertrag Hessen ein Minus an Verpflichtungen auferlege gegenüber dem Verträge von 1896. Preußen habe in lokalster Weise gehalten, was der damalige Vertrag ihm auferlegte, ja, es sei vielfach darüber hinausgegangen ohne Mangelhaftigkeit und habe in rascherem Tempo vorhandene Mängel beseitigt. Nachdem Schmidt (L.) und David (Soz.) sich gegen die Vorlage ausgesprochen, wird die Weiterberatung auf Nachmittag vertagt.

Im weiteren Laufe der Verhandlung wurde von 20 Abgeordneten ein Antrag eingebracht, die Beratung des Main-Neckar-Bahn-Vertrages bis zum nächsten Landtage zu verschieben und die Regierung zu eruchen, zum Zwecke einer Revision des Vertrages von 1896 und insbesondere einer Verbesserung der Teilungsschemen mit der preussischen Regierung in Verhandlung zu treten. Nachdem noch mehrere Abgeordnete für den Vertrag gesprochen, und der Finanzminister denselben nochmals einstimmig befürwortet und hervorgehoben hatte, daß, falls die Vorlage, die am 1. Oktober in Kraft treten solle, abgelehnt würde, die gesamte Main-Neckar-Bahn in die preussisch-hessische Gemeinschaft ohne die Vorteile des Vertrages falle, wurde die Weiterberatung auf Donnerstag vertagt.

Ausland.

Die Lemberger Unruhen im Reichsdrat.

Wien, 4. Juni. Das Haus beginnt die gemeinschaftliche Beratung zweier von den Abg. Dreiter und Bernerstorfer gestellten Dringlichkeitsanträge betreffend die Vorgänge in Lemberg. Dreiter verweist auf die seit langer Zeit in Lemberg herrschende Arbeitslosigkeit und wirft der Regierung vor, daß sie dieser nicht genügend gesteuert habe. Er bezeichnet das Vorgehen der Husaren als barbarisch und stellt entschieden in Abrede, daß Revolververfälsche auf das Militär abgesetzt worden seien. Redner erklärt die amtlichen Berichte für gefälscht und macht den Statthalter hierfür verantwortlich. Auch an Privat-Telegrammen sei eine entsetzende Censur geküßt worden. Unter Hinweis darauf, daß in Lemberg ein Generalaufstand in Vorbereitung sei, empfiehlt Redner die Dringlichkeit seines Antrages. Der Präsident ruft Dreiter wegen der gegen den Statthalter Grafen Vininski vorgebrachten Beschimpfungen zur Ordnung. (Lärm bei den Socialdemokraten.) Alldam spricht Bernerstorfer (Soz.). Er erklärt, die Socialdemokraten hätten niemals sagen wollen, daß die Soldaten sich schlecht verhalten hätten, sie seien aber schlecht geführt worden. Dieses Schicksal teilten sie mit den Bürgern Ostgaliziens. Auch seien an den Schießereien nicht sie, sondern die Führer schuldig. Redner kritisiert die gestrige Abstimmung betreffend den Antrag auf sofortige Eröffnung der Debatte über die Erklärungen des Ministerpräsidenten unter Angriffen auf die Alerikalen, verwahrt die Arbeiterführer gegen den Vorwurf, daß sie sich immer beiseite zurückziehen, indem er diese Behauptung als Lüge und Verleumdung bezeichnet, und bezweifelt die Angaben des Ministerpräsidenten über die Lemberger Vorfälle. Selbst das Organ des Statthalters, die „Wozeta Karobowa“, habe geschrieben, daß die Husaren wagt- und ziellos auf die Menge geschossen haben. Redner sucht die Angaben des Ministerpräsidenten zu widerlegen und meint, in andern Staaten komme es auch zu Zusammenstößen zwischen Arbeitern und Militär, aber die Schießerei sei eine österreichische Specialität. Der Ministerpräsident sei ein sehr mächtiger Mann, aber gegen den Grafen Vininski sei er nichts. (Heiterkeit.) Redner greift den Statthalter von Galizien an und bezeichnet als Grundursache der Lemberger Vorfälle die schwere Not der arbeitenden Klassen, der abgeholfen werden müsse.

Zum südafrikanischen Friedensschluß.

Von den Friedensverhandlungen. Aus Pretoria wird vom 3. Juni gemeldet: Bei der Friedensabstimmung der Boerenkonferenz in Vereeniging am 30. Mai stimmten 51 Boeren für Annahme der englischen Bedingungen. G dagegen. Die Boeren erklären, daß die Uebergabe der verschiedenen Kommandos ohne Schwierigkeiten erfolgen werde. Zur Ausrückung der Waffen sind drei Centren errichtet worden: im Osten Transvaals unter Lord Hamilton, im Westen unter Walter Ritchener und im Orangegebiet unter General Buller. Aufstrebende Szenen spielten sich in dem Konzentrationslager von Irene ab. Bei Empfang der Nachricht vom Friedensschlusse versammelten sich die Bewohner und gaben ihrer Freude Ausdruck. Sie sangen Psalmen und beteten; die Frauen vergossen Thränen.

London, 4. Juni. Man glaubt, daß die englische Regierung dem Präsidenten Krüger und seinen Anhängern, mit Ausnahme von Dr. Leyds, freies Geleit nach Südafrika geben wird. Die Bedingungen, welche Krüger gestellt werden sollen, sollen nur dahin gehen, daß Krüger sich auf seiner Farm als Privatmann aufhalten soll. Wenn die Boeren hiermit einverstanden seien, soll Krüger und den übrigen Boerenvertretern ein Kreuzer zur Verfügung gestellt werden. Die liberalen Blätter kommentieren die etwaige Rückkehr nach Südafrika sowie das Aufgeben der Politik der Repressalien und bemerken hierzu, daß in dieser Beziehung ein starker Druck auf Chamberlain, der früher stets für die härtesten Bedingungen eintrat, ausgeübt worden sein müsse.

Im Unterhaus.

Der Schatzkanzler Hicks Beach teilt mit, er habe die Absicht, die zwei in diesem Jahre eingeführten neuen Abgaben aufrecht zu erhalten. Balfour teilt eine Notiz mit, die sich mit, in welcher empfohlen wird, Lord Ritchener in Anerkennung seiner hervorragenden Dienste eine Dotation von 50000 Pfund Sterling zu bewilligen.

Frankreich.

Paris, 4. Juni. Bourgeois und Brisson haben die vom Präsidenten Loubet an sie ergangene Aufforderung zur Bildung des neuen Kabinetts abgelehnt. Man glaubt, daß Loubet nunmehr den Senator Combes zu sich berufen wird.

Rußland.

Die Censur in Rußland. Aus Helsingfors schreibt der dortige Korrespondent vom Stockholmer „Socialdemokraten“: Nicht genug damit, daß den einheimischen Zeitungen immer mehr die Flügel beschneidet werden — man läßt z. B. kaum etwas über die vielen wichtigen Ereignisse in Rußland — auch die ausländische Post droht ganz zu versiegen. Auf den Zeitungsbredaktionen verursacht das natürlicherweise viele Unannehmlichkeiten. Am schlimmsten ist es, wie immer, mit der Post aus Schweden bestellt. Von „Socialdemokraten“ haben wir seit Anfang März nur 10 Nummern erhalten. Man muß sich mit hektographierten Flugblättern begnügen, die jedoch viel zu wünschen übrig lassen.

Amerika.

Washington, den 3. Juni. (R. Pr. B.) Eine plötzliche Spaltung in der republikanischen Partei ruft in Regierungskreisen große Konfusion hervor. Senator Ellins, einer der einflussreichsten republikanischen Führer, weigerte sich, für die kubanische Unterstützungsvorlage zu stimmen, berief die ihm näher stehenden Senatoren zusammen, und ließ dieselben einen Beschluß vortragen, welcher sich entschieden gegen jede Wänderung des Dingley-Zolltariffs ausdrückt, auch jede diesbezügliche Konzession für Auba ablehnt, und den Senat auffordert, die Regierungsvorlage zurückzuweisen. Da 17 Senatoren in diesem Sinne sich verpflichteten, befindet sich die Regierung in der Minorität. Senator Ellins wurde gleichzeitig von den Secessionisten zum ersten Kandidaten der republikanischen Partei für die Präsidentschaft gegen Roosevelt bestimmt.

Chicago ohne Fleisch.

Die ganze Stadt Chicago boykottiert den Fleischring. Sämtliche Fleischläden sind geschlossen, und der ganze Vermittlungshandel zwischen dem Fleischring und dem Publikum streikt in allen seinen Zweigen. Die Fleischwarenführer, die Fleischhauer, die Aus- und Einlager, selbst die Eidwäner, befinden sich in Aufständen, soweit die Lieferungen des Fleischringes in Frage kommen. Einzelne große Hotels, welche trotzdem versuchten, sich Fleisch für ihre Gäste zu verschaffen, wurden gleichfalls boykottiert. In New-York und den Weststaaten gewinnt die Bewegung an Umfang; auch hier drohen Publikum und Zwischenhändler, den Fleischkonsum vollständig zu unterbrechen, bis der Fleischring die Preise wieder auf den früheren Stand zurückgehen läßt.

Internationaler Textilarbeiter-Kongreß.

Zürich, 3. Juni. Die Sitzung wird um 9 1/2 Uhr von Reichelt-Chemnitz eröffnet. Die Delegiertenliste wird verteilt, wonach 69 Delegierte anwesend sind, und zwar 15 aus Deutschland, wovon 12 vom Textilarbeiter-Verband, 5 aus Belgien, 3 aus Frankreich, 4 aus Italien, 3 aus Desterreich, 28 aus England, 8 aus der Schweiz (außerdem 5 mit beratender Stimme) und 3 aus Holland.

Es folgt der Bericht des internationalen Sekretärs Wilkinson.

Nach dem Kassenbericht betragen die Einnahmen 122 Pfund und 16 Schilling (= 2456 M.), die Ausgaben 109 Pfund und 17 Schilling (= 2197 M.) und der Kassenbestand 12 Pfund 18 Schilling (= 238 M.) Der Sekretär berichtet sodann, daß die Arbeit in den verfloffenen zwei Jahren eine ganz bedeutende Vermehrung erfahren habe. In drei von den Engländern gestellten Resolutionen wird beantragt, die notwendige Verbesserung der Lage der Arbeiter durch die Stärkung und Ausdehnung der Organisation herbeizuführen, wesentliche Beiträge zu erheben, da ohne Geld nichts zu leisten ist und auf eine weitere bedeutende Reduktion der Arbeitszeit in allen Ländern hinzuwirken. Im übrigen verweise er auf den vorliegenden gedruckten Bericht des Sekretariats, der 68 Seiten stark ist. Im speziellen weist er auf den seit langer Zeit andauernden Streik der Textilarbeiter in Enkhebe (Holland) hin, die sich in bitterster Not befinden. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300 000. Dieselben bilden eine Macht, mit der man etwas leisten kann. Notwendig sei aber die Erhebung höherer Beiträge zur Bildung eines internationalen Streikfonds. Der Sekretär geht dann zu einigen Betrachtungen über den vor zwei Jahren in Berlin stattgefundenen internationalen Textilarbeiter-Kongreß über, wo angenehme Bekanntschaften gemacht worden seien, so vor allem mit Viebeck, der sich in bitterster Not befindet. Solchen Fällen sollte vorgebeugt werden, und zwar durch die Schaffung eines internationalen Streikfonds. Weiter macht er nähere Mitteilungen über die Zahl der vertretenen organisierten Textilarbeiter, wonach auf diesem Kongreß repräsentiert sind: 156 000 englische, 56 000 deutsche (38 000 vom Verband), 10 000 österreichische, 5400 holländische, 14 500 belgische, 20 000 französische, 4000 schweizerische und 32 430 italienische Textilarbeiter, insgesamt rund 300

Jugend einen Zweck hat die Resolution nicht; sie bedeutet eine leere Demonstration, da für die Brüsseler Konventionsbestimmungen eine sichere Mehrheit im Reichstage vorhanden ist.

Kohlenhändler-Kartell. Der Verband der Berliner Kohlenhändler, der Verband Dresdener Holz- und Kohlenhändler, der Verein Hamburg-Altonaer Feuerungshändler, der Verein Danziger Kohlenhändler, der Kohlenhändlerverein zu Magdeburg und die Freie Innung der Kohlenhändler von Hannover laden auf den 7. Juni nach Berlin zur Gründung eines Centralverbandes deutscher Kohlenhändler ein. In dem Einladungsschreiben wird darauf hingewiesen, daß die herrschende Strömung fast aller Berufsvereine sich enger zur Wahrung ihrer Interessen zu verbinden, sowie die Erkenntnis, daß nur im Zusammenhange die Mittel liegen, um die Verunsicherung noch außen zu wahren und zu erhöhen, diesen Versuch veranlaßt haben. Auch die Kohlenhändler müßten zu solchem Zusammenhange greifen, denn jedem von ihnen dürfe zum Bewußtsein gekommen sein, daß es mit der bisherigen Zersplitterung und Indolenz in der Wahrung der gemeinsamen Berufsinteressen nicht so weiter gehen könne.

Berlin Kohlenversorgung. Innerhalb des Reichsbildes von Berlin belief sich im April die Zufuhr von Steinkohlen, Coals und Steinkohlen-Beifalls auf 188 973 Tonnen, darunter 139 640 Tonnen schlesische, 10 543 Tonnen westfälische und 38 085 Tonnen englische Kohlen. An Braunkohlen und Braunkohlen-Beifalls betrug die Zufuhr 79 475 Tonnen. Vom 1. Januar bis Ende April dieses Jahres belief sich die Zufuhr auf zusammen 516 874 Tonnen Steinkohlen (gegen 589 708 Tonnen in der gleichen Zeit des Vorjahres) und 304 799 Tonnen Braunkohlen (gegen 397 600).

Große Berliner Straßenbahn. Die Einnahme im Mai 1902 betrug 2 327 088 M. gegen 2 367 240 M. im Mai 1901. Insgesamt wurden in der Zeit vom 1. Januar bis 31. Mai 11 321 957 M. eingenommen gegen 10 791 133 M. in der gleichen Zeit 1901.

Ein englischer Konkurrenz-Dampfertrift. Sowohl aus Kanada wie aus England wird von Bestrebungen berichtet, die darauf hinauslaufen, gegen den Morganschen Schiffsahrtstrift eine Konkurrenzvereinigung englischer Linien zu stände zu bringen. Schon in vorgestrichener Kammer (Kammer 126) konnten wir von einem Schreiben des Leiters der Cunard-Linie berichten, in dem es heißt, daß Unterhandlungen über eine Veränderung der Stellung dieser Linie im Gange sind, daß aber so lange keine näheren Angaben über die betreffenden der Direktion gemachten Vorschläge mitgeteilt werden können, bis diese Vorschläge der englischen Unterbreitet worden wären.

Hierzu meldet jetzt „Lassons Bureau“ aus London: Beamte der Admiralität haben sich heute in nichtamtlicher Form nach Liverpool begeben, um mit den Direktoren der Cunard-Linie und andern Redern zu konferieren. Man glaubt, daß dieser vertrauliche Besuch in Liverpool mit der Bildung einer britischen Schiffsahrt-Kombination unter Leitung der Großrederei Sir Alfred Jones und Sir Christopher Furness zusammenhängt.

Goldproduktion Transvaals im ersten Vierteljahr 1902. Von den zur Zeit im Witwatersrand im Betriebe befindlichen 86 Minen sind im Monat April 1902 an Feingold 119 688 Unzen im Werte von 507 982 Pfd. Sterl. gewonnen worden. Die Produktion für die Zeit Januar bis April 1902 belief sich auf 375 461 Unzen zum Werte von 1 598 853 Pfd. Sterl.

Sociales.

Das Streikrecht.

Mitglieder des Maschinen-Verbandes im Staate New York waren angeklagt worden, weil sie mit einem Unorganisierten nicht zusammenarbeiten wollten, deswegen gestreikt und die Ursache des Streiks dem Unternehmer vorher mitgeteilt hätten. Der höchste Gerichtshof des Landes sprach sie von Strafe frei und der Präsident begründete das Urteil wie folgt:

„Kein Mensch ist gebunden, für einen andern zu arbeiten, wenn er sich nicht dazu verpflichtet hat und hat er sich dazu verpflichtet, aber nicht für eine festgesetzte Zeit, so kann er den Vertrag beenden, wenn immer es ihm gefällt. Der Arbeiter kann arbeiten oder dies nach Belieben ablehnen; der Unternehmer kann nach seinem Willen Arbeiter annehmen oder entlassen. Die Arbeiter haben das Recht, sich zu organisieren zu dem Zweck, höhere Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit oder bessere Verhältnisse mit ihrem Arbeitgeber zu erreichen; sie haben das Recht zu streiken, um bessere Arbeitsbedingungen zu erlangen, vorausgesetzt, daß sie dadurch nicht andern Unrecht zufügen. Ein friedlicher und ordnungsgemäßer Streik ist keine Verletzung der Gesetze.“

Eine Anzahl von Leuten, welche sich zu Zwecken organisiert haben, die ihnen vorteilhaft erscheinen, haben das Recht, Arbeit zu verweigern, wenn sie meinen, daß dies im Interesse ihrer Organisation liegt. Mögen auch andern ihre Gründe unangemessen und unwichtig erscheinen, so ist es dennoch ihr gesetzliches Recht, die Weiterarbeit zu verweigern, wenn es ihnen als Mitglieder der Organisation gut und nützlich erscheint.

Ist die Handlungsweise der Mitglieder einer Organisation an sich gesetzlich, so wird sie nicht ungesetzlich dadurch, daß die Organisation einen ihrer Mitglieder damit beauftragt, die Gründe für ihr Vorgehen andern zu legen. Gelangt der Gerichtshof zu der Ueberzeugung, daß die Weigerung von Mitgliedern einer Organisation, mit Nichtarbeitern zu arbeiten, im Interesse der ersteren liegt, so wird er nicht ohne weiteres daraus folgern können — es sei denn, daß ihm dies bewiesen werde — daß der Zweck dieser Weigerung nur darin bestand, den Nichtmitgliedern Schaden zuzufügen.

Die Angeklagten hatten das Recht zu streiken aus irgend einem Grunde, der ihnen recht erschien und sie hatten auch das Recht, ihrem Arbeitgeber den Zweck des Streiks mitzuteilen. Es ist mir unmöglich, der angeklagten Organisation und ihren Mitgliedern das Recht abzuspochen, die Weiterarbeit mit Nichtmitgliedern zu verweigern, so lange bei Schädigungen, die durch den Indifferentismus (carelessness-Sorglosigkeit, Nachlässigkeit) solcher Mitarbeiter entstehen, von den Geschädigten allein getragen werden müssen, ohne Entschädigung von dem Unternehmer und ohne materielle Verantwortlichkeit von Seiten derjenigen, welche den Schaden verursachen.

So lange als Arbeiter das ganze Risiko, welches durch den Indifferentismus ihrer Mitarbeiter entsteht, auf sich zu nehmen haben, haben sie auch das moralische und gesetzliche Recht zu sagen, daß sie mit gewissen Leuten nicht zusammen arbeiten wollen und der Unternehmer muß sich entweder dieser Forderung fügen oder den Vertrag mit ihnen auflösen. Die Verhandlung hat ergeben, daß die angeklagte Vereinigung ihre Mitglieder an die Arbeitsstelle gewisser Leute zu bringen versuchte, welche Nichtmitglieder waren und für einen geringeren Lohn arbeiteten; sie hat dies in durchaus geschickter Weise getan. Die Mitglieder des Verbandes waren entschlossen, wenn nötig, die Kosten und Kosten eines Streiks auf sich zu nehmen, um ihre Absichten zu erreichen, und indem sie diesen Beschluß faßten, waren sie in ihren Rechten. Eine Arbeiterorganisation ist ausgestattet mit genau denselben gesetzlichen Rechten als ein einzelnes Individuum, sie kann alles das thun, was gesetzlich gestattet ist.“

Das ist eine so klassische Definition des Koalitionsprinzips und seiner Anwendungsmethode im kapitalistischen Industriezeitalter, daß sie ohne weiteres auf alle die Staaten anwendbar ist, wo überhaupt ein Koalitionsrecht principieell anerkannt ist, gleichviel, wie die Landesgesetzgebung im einzelnen lautet. Auf Deutschland ist sie im besonderen auch unter Berücksichtigung seiner eigenen Gesetze so vollständig zutreffend, daß sie ebenso gut auch von unserm Reichs-

gerichte in Anwendung auf denselben Fall gegeben werden könnte. Sie würde vollständig dem Wortlaute und dem Sinne der deutschen Gesetze entsprechen. Und es würde ein solches Urteil auf Grund der deutschen Gesetze genau auf den Fall des Zimmermannes G. zutreffen, der wegen Erpressung und Verletzung des § 153 der Gewerbeordnung vom Reichsgerichte für strafbar gehalten wird.

In Amerika herrscht der Kapitalismus noch freier und unumschränkter, wie in Deutschland und seine Macht wird sicher nicht gebrochen durch dieses Urteil, wenn auch seine Grundsätze noch so oft zur Anwendung kommen. Daß bei uns ein solches Urteil, trotzdem wir doch auch ein moderner kapitalistischer Industriezeitalter sein wollen, unmöglich zu sein scheint, beweist uns, daß der Kapitalismus des Junkerpolizei Staates eine weit brutālere Herrschaft ausübt, wie der reine Kapitalismus.

Gegen den Arbeiterschutz macht die „Post“ wieder einmal scharf. Die Zeitschrift (Verband der Baugeschäfte von Berlin und Umgebung) haben gegen eine erneute Petition der baugewerblichen Arbeiter Preußens um Ausbau der Schutzvorschriften im Baugewerbe eine Gegenpetition eingereicht, der die „Post“ besten Erfolg wünscht. Die „Post“ sagt:

„Mit Recht hebt nämlich die Generalversammlung hervor, daß selbst intelligenteren Arbeitern die zu einer Baukontrolle notwendige theoretische Schulung, das umfassende praktische Verständnis und eine mehrseitige Erfahrung mangelt. Sie weist ferner darauf hin, daß eine Arbeiterkontrolle in jedem Falle dazu angethan sein muß, die Autorität des Arbeitgebers und seiner Vertrauensorgane (Zechleiter, Poliere) zu gefährden und Zweifel an deren Leistungsfähigkeit hervorzuheben, daß bei der Fälschlichkeit des Baubetriebes an sich Unfälle unvermeidbar und auch in sehr vielen Fällen auf alleiniges Verschulden der Arbeiter zurückzuführen sind und das Institut der Baukontrolle aus dem Arbeiterhande, wo es eingeführt ist, eine Abnahme der Unfälle nicht bewirkt hat.“

Alle diese Behauptungen sind falsch. Arbeiter als Betriebskontrolleure sind bereits thätig im Baugewerbe in Bayern, im Bergbau in Bayern und Sachsen und in allen Fällen lauten die Urteile der Behörden äußerst günstig über die Leistungen der Arbeiterkontrolleure. Deshalb wird man demnächst im Herzogtum Koblenz-Gotha dem Beispiele fürs Baugewerbe folgen. Ebenso falsch ist es, daß die Einführung der Arbeiterkontrolleure keine Verminderung der Unfälle herbeigeführt hat. In Deutschland kann man aber die Wirkung der Einrichtung in diesem Punkte noch gar kein Urteil haben, weil sie noch erst zu kurze Zeit existiert. Dagegen besteht die Einrichtung in englischen Bergbau seit Jahrzehnten und der Ausgang der Unfälle ist dort notorisch. Und die königliche preussische Kohlenfallkommission, die zu diesem Zwecke eine besondere Reise nach England gemacht hat, hat dort die Erfahrung gemacht, daß die englischen Grubenbesitzer die Verminderung der Unfälle dem Wirken der Arbeiterkontrolleure zuschreiben und daß die Unternehmer mit der Einrichtung außerordentlich zufrieden sind. Näheres darüber erzählt die „Post“ bei der preussischen Regierung.

Ueber Anerkennung des Buchdruckerartikels wurde im Stadtverordneten-Kollegium in Halle verhandelt. Trotz des Widerstandes des Bürgermeisters und des Vorstehers der Stadtverordneten überwies das Kollegium die Petition der Buchdrucker, amtliche Druckarbeiten nur an tarifreue Druckereien zu vergeben, dem Magistrat zur Verhändlung.

Veranstaltungen.

Die Arbeitsverhältnisse im Vertriebe der Großen Berliner Straßenbahn

wurden in einer Straßenbahner-Versammlung, die am Dienstag in Treptow stattfand, scharf beleuchtet. Nicht „Feyer“ und „Wähler“ waren es, welche bestehende Mängel übertreiben, um die Unzufriedenheit zu schüren, sondern die geplagten und gedrückten Angestellten des Betriebes selbst liegen aus ihren Reihen lebhafteste Klage über schreiende Mißstände in ihrem Dienstverhältnis laut werden. Von mehreren der Anwesenden wurde darüber gesagt, daß nicht die nötige Ruhezeit gewährt wird und die festgesetzte Normalarbeitszeit bedeutend überschritten wird. Nach dem neuen Sonntag-Fahrplan muß z. B. der Fahrer auf der Linie Behrenstraße-Treptow 12 Stunden 20 Minuten ohne Unterbrechung Dienst thun. Die Wartezeit in Treptow ist auf zwei Minuten festgesetzt, aber auch diese 2 Minuten gehen in der Regel infolge der vielen Verkehrshemmungen verloren. Manchmal müssen Fahrer, die um 2 Uhr nachts ihren Dienst beenden, bereits um 5 Uhr früh wieder antreten. Ein Fahrer, der sich darüber beklagte, daß er, nachdem er morgens von 4 Uhr 30 bis 11 Uhr im Dienst war, noch von 2 Uhr ab 10 Stunden Dienst leisten sollte, wurde von dem betreffenden Inspektor gefragt: Wenn er das nicht wolle, sei er für die Großen Berliner nicht brauchbar. — Die Verschlechterungen im Dienstverhältnis werden beziehungsweise nicht für alle Angestellten an einem Bahnhof zugleich eingeführt, sondern zuerst für die eine Hälfte, so daß nicht gleich eine allgemeine Unzufriedenheit ausbricht. Ferner wurde angeführt, daß an mehreren Bahnhöfen Bureauangestellte Trinkgelder von Fahrern und Schaffnern annehmen, und daß derjenige, der diese Unsitte nicht mitmache, diskreditiert werde. Auf eine Beschwerde, die hiergegen geführt wurde, ist zwar vor längerer Zeit schon eine Beweisaufnahme erfolgt, eine Antwort aber ist dem Beschwerdeführer noch nicht zugegangen. Des Weiteren wurde in der Versammlung konstatiert, daß Leute, die 2-3 Jahre bei der Großen Berliner ihren Dienst tatlos versehen haben, noch nicht fest angestellt wurden. — Die Verhältnisse im sogenannten Adhärenz-Verein und die von der Direktion protegierte Baugenossenschaft wurden ebenfalls zur Sprache gebracht.

Ferner besaßte sich die Versammlung mit einem Artikel der „Berliner Morgenpost“, worin den Schaffnern allgemein unterstellt wurde, daß sie von Fahrgästen fortgeworfene Fabrikabfälle auf sammeln und nochmals verpacken; hierzu wurde folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die heute am 3. Juni 1902 versammelten Angestellten der Großen Berliner Straßenbahn erklären:

1. daß der Artikel der „Berliner Morgenpost“ vom 14. Mai 1902 „Hinter den Coulissen der Großen Berliner Straßenbahn“ in Bezug auf die Angestellten mit ganz geringen Ausnahmen vollständig auf Unwahrheit beruht; 2. daß in dem Artikel eine Beschimpfung des ganzen Schaffnersandes enthalten ist. Die Versammelten schließen hieraus, daß die „Berliner Morgenpost“ nicht die Interessen der Angestellten, sondern die der Gesellschaft wahrnimmt. Sie verpflichten sich, dieses Blatt, soweit es von den einzelnen gelesen wird, nicht weiter zu abonnieren, sondern eine Zeitung zu lesen, welche lediglich Arbeiterinteressen voll und ganz vertritt. Die Versammelten erklären ferner, eine geeignete Agitation entfalten zu wollen, um die „Berliner Morgenpost“ aus den Reihen der Angestellten zu entfernen und den „Vorwärts“ zu empfehlen.“ — Ähnliche Resolutionen gegen die „Morgenpost“ sind bereits in Weizensee und Lichtenberg gefaßt worden.

Steinseher und Kammer. Eine kombinierte Versammlung der in und um Berlin belegenen Filialen des Verbandes sowie der beiden Gewerksvereine, die von den zuständigen Gesellenausschüssen und Vorständen einberufen war, tagte am Sonntag im Rinnmannischen Lokale. Die sehr stark besuchte Versammlung beschäftigte sich ausschließlich mit der Beratung eines Tarifgemeinschafts-Entwurfes, welcher nebst einer Regelung der Lohn- und Arbeitszeit-Verhältnisse auf die Dauer von fünf Jahren noch die Schaffung eines paritätischen Arbeitsnachweises, den generellen Ausschluss der Kündigung, Anerkennung der Meister, in bestimmten Fällen gemeinsames Vorgehen von Arbeitgeber und Arbeitnehmer-Organisationen gegen außerhalb der Tarifgemeinschaft stehende Firmen, Einziehung eines Tarifauschlusses usw. vorzieht. Nach einer sehr eingehenden

und lebhaften Debatte gelangte der Entwurf mit einigen kleinen Zusätzen gegen zwei Stimmen zur Annahme. Die Gesellenausschüsse wurden beauftragt, mit den in Frage kommenden Innungen umgehend in Unterhandlungen zu treten. Bei der Frage der Aufbringung der Kosten zur Unterhaltung der noch eventuellder Annahme des Entwurfes ins Leben tretenden Institutionen, die von dem Referenten Knoll auf jährlich 3000 M. geschätzt wurden, wurde von den Verbandsmitgliedern scharf getadelt, daß die Beteiligung der Gewerksvereinsmitglieder an den Zahlungen zum gemeinsamen lokalen Streikfonds sehr viel zu wünschen übrig läßt und daß die Verbandsmitglieder, die sich bis jetzt zu Gunsten der übrigen bedeutend höhere Opfer aufserlegt haben, die gemeinsamen Zahlungen einfach einstellen, den jetzigen Fonds als eisernen Bestand für einen etwaigen allgemeinen Lohnkampf festlegen und sich für die Unterstüßung etwaiger partieller Bewegungen einen eignen Fonds gründen würden, falls sich die Genannten nicht etwas besser an den notwendigen Zahlungen beteiligen. Es soll zu dem Zweck speziell der Berliner Gewerksverein zu einer bündigen Erklärung gezwungen werden.

Lebte Nachrichten und Depeschen.

Erleichterungen im Grenzverkehr.

Breslau, 4. Juni. (B. Z. S.) Der russische Finanzminister hat, wie der „Bresl. Gen.-Anz.“ mitteilt, eine Verfügung an die Grenzländern erlassen, wonach von jetzt ab zum Grenzübergang der preussischen Staatsangehörigen in dreimeiligen Grenzbezirk, dort wo sich eine Zollkammer befindet, keine Grenzlegitimationscheine mehr erforderlich sind. Die im dreimeiligen Grenzbezirk wohnenden Preußen dürfen ohne jeden Ausweis die russische Grenze überschreiten, eine Erleichterung, die für die Grenzbevölkerung von großer Bedeutung ist.

Die Lemberger Vorfälle im Abgeordnetenhand.

Wien, 4. Juni. (B. Z. S.) Im Laufe der Debatte über die Dringlichkeitsanträge Dreiter und Bernerstorfer erklärt Minister-Präsident v. Koerber, er habe seinen gestrigen eingehenden Ausführungen nichts hinzuzufügen. Die heutigen Reden Dreiters und Bernerstorfers vermöchten nicht die Thatfache aus der Welt zu schaffen, daß das Eingreifen des Militärs gebotene Abwehr war. Koerber weist auf das entschlossene die neuerlichen Angriffe auf die Kammer zurück und nimmt den Statthalter von Galizien, welcher nur gerecht und pflichtgemäß vorgegangen sei, in Schutz. Koerber wendet sich dann gegen jenen Teil des Antrages Dreiter, welcher verlangt, den Statthalter wegen der Vorfälle zur Verantwortung zu ziehen, da demselben offenbar eine Tendenz unterwohne. Wie das Haus es verhalte, über seine Kompetenz zu wachen, von der Regierung hierin eher unterstützt als beeinträchtigt, so gebiete die öffentliche Ordnung, daß die Regierung ihren selbständigen Wirkungskreis von wie immer gearteten Beeinflussungen freihalte. (Beifall; lebhafteste Proteste der Sozialdemokraten.) Im weiteren Verlaufe der Debatte teilt der Ministerpräsident mit, er erhalte jedoch eine Nachricht, wonach im Laufe des heutigen Vormittags volle Einigung zwischen den Delegierten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer erzielt worden sei. Das Haus lehnt sodann die Dringlichkeit der Anträge Dreiter und Bernerstorfer ab.

Die Nachricht von der Beendigung des Streiks enthält auch das folgende Telegramm:

Lemberg, 4. Juni. (B. Z. S.) An dem Leichenbegängnis der vier bei den gestrigen Märschen Getöteten beteiligten sich mehrere Tausend Personen, meist Arbeiter. Es wurden mehrere Reden gehalten. Nach dem Begräbnis versammelten sich die Teilnehmer auf einem Platze in der Nähe des Kirchhofes, wo ein Führer der Arbeiter mitteilte, daß die heutigen Verhandlungen mit den Bauunternehmern ein günstiges Ergebnis gehabt hätten, und die Arbeiter aufforderte, morgen die Arbeit wieder aufzunehmen. Die Arbeiter kehrten sodann ruhig in die Stadt zurück.

Verstümmelt.

Wien, 4. Juni. (B. Z. S.) In Hiebling stürzte auf einem Reubau eine fünf Meter hohe Erdschicht ein; vier Arbeiter wurden verstümmelt; zwei sind tot, einer ist schwer und einer leicht verletzt.

Deputiertenkammer.

Rom, 4. Juni. In Beantwortung einer Anfrage erklärt Marineminister Admiral Morini: Die Arbeiter des Arsenal in Trent haben gewisse Forderungen gestellt und trotz des Einspruchs der Behörden gehandelt, als ob dieselben bewilligt wären. Das Arsenal ist provisorisch geschlossen worden. Die Arbeiter streiken. Ich habe eine Untersuchung angeordnet und werde für strenge Aufrechterhaltung der Ordnung sorgen.

Vom Frieden.

London, 4. Juni. (B. Z. S.) Im Laufe der heutigen Beratung im Unterhause stellte Lord Curzon die Frage, ob der Artikel 9 des mit den Boeren geschlossenen Abkommens, welcher bestimmt, daß auf den Grundbesitz in Transvaal und der Orange-Freistaat keine Beschränkung der Kriegskosten keine speziellen Steuern gelegt werden sollen, auch eine spezielle Besteuerung von Bergwerks-Eigentum in beiden Kolonien zu dem gleichen Zwecke verbiete. Chamberlain erwiderte: Nein.

Victoria, 4. Juni. (B. Z. S.) Schall Burger und Louis Botha haben einen offenen Brief an die Boeren erlassen, in welchem sie den hohen Mut, den die Boeren gezeigt, und ihre tapferen Thaten im Felde würdigen und die Boeren auffordern, jetzt allgemein mitzuarbeiten an der sozialen und geistigen Entwicklung des Landes und der neuen Regierung loyalen Gehorsam zu bezeigen.

Erdbeben.

Weslert, 4. Juni. (B. Z. S.) Heute nacht wurde hier ein leichter Erdstoß verspürt. Irigend welcher Schaden wurde nicht angerichtet.

Vulkanausbruch.

New York, 4. Juni. (B. Z. S.) Der Korrespondent des „New York Herald“ in Valparaiso meldet, daß nach einer Depesche aus La Paz im Choico-Gebiet eine vulkanische Eruption erfolgt ist, durch welche zwei Dörfer zerstört und 75 Menschen getötet wurden. Die Eruption dauert fort.

Hadersleben, 4. Juni. (B. Z. S.) Zwei Primaner des hiesigen königlichen Gymnasiums wurden nach Beschluß des Lehrerkollegiums wegen fortgesetzter Belandung „deutsch-feindlicher Gesinnung“ von der Schule verwiesen; die Verweisung ist im Einverständnis mit dem Provinzial-Schulkollegium erfolgt.

Tredden, 4. Juni. (B. Z. S.) Der König von Sachsen ist erkrankt. Das „Dresdener Journal“ meldet: Obwohl Fieber nicht vorhanden und der Puls verhältnismäßig kräftig, auch die Nahrungsaufnahme befriedigend ist, läßt der Kräftezustand in allgemeinen doch zu wünschen übrig.

Madrid, 4. Juni. (B. Z. S.) Heute versuchte eine Volksmenge, während eine Prozession sich durch die Straßen bewegte, unter Schußwaffen auf die Geistlichkeit sich der Monarchie zu bemächtigen, wurde aber durch eine Abteilung Militär daran gehindert.

New York, 4. Juni. (B. Z. S.) Der bekannte Südpol-Fahrer Vorcharevitch, welcher sich auf Martinique aufgehalten hat und jetzt hierher zurückgekehrt ist, erzählt, er habe Daten erhalten, welche den Gelehrten in den Stand setzen, vulkanische Eruptionen vorauszuzeichen.

Reichstag.

190. Sitzung vom Mittwoch, den 4. Juni 1902, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsitz: Fehr. v. Thielmann.

Die dritte Beratung der Branntweinsteuer-Novelle wird bei § 41 fortgesetzt.

§ 41 handelt von der Materialsteuer und Maischbottichsteuer. Die Maischbottichsteuer soll, wie bisher nur noch in den landwirtschaftlichen Brennereien erhoben werden. Die Kommission hat für die neuen nach dem 1. Juli 1902 entstehenden landwirtschaftlichen Brennereien, wenn sie als solche gelten wollen, neben den bisherigen noch weitergehende Anforderungen gestellt. Insbesondere ist der Begriff der Genossenschaftsbrennerei verengt worden.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt prinzipiell die von der Kommission neu getroffenen Bestimmungen zu streichen, eventuell die Bestimmungen über die Genossenschaftsbrennereien so zu mildern, daß Roggen, Weizen, Hafer und Gerste als Rohstoffe auch von anderen, als den an der Genossenschaft beteiligten, geliefert werden dürfen. Diefelbe Milderung ist nach dem Kommissionsbeschluss bereits für die landwirtschaftlichen Brennereien vorhanden.

Abg. Wurm (Soz.) beantragt die Aufhebung der Material- und Maischbottichsteuer.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.) begründet den Antrag Müller-Sagan. Die Genossenschaftsbrennereien, die meist aus kleinen Bauern gebildet sind, können den Forderungen des Gesetzes gar nicht nachkommen. Durch das Gesetz werden die kleinen Bauern in die Hände der kapitalistischen Teilnehmer an den Genossenschaftsbrennereien ausgeliefert. Dabei liegt mir ein Antrag zweier Centrumsabgeordneter an den bayerischen Landtag vor, der gerade einen größeren Schutz der Genossenschaftsbrennereien im Interesse der kleinen bäuerlichen Besitzler verlangt. (Hört! hört!) Es ist interessant, daß die Herren vom Centrum dort, wo sie nicht die Macht haben, schöne Reden für die kleinen Bauern halten, hier im Reichstag aber Gesetze machen, die die kleinen und mittleren Bauern aufs schwerste schädigen. (Sehr richtig! links.)

Abg. Augst (libd. Sp.) (auf der Tribüne schwer verständlich) tritt für die Streichung des Paragraphen ein.

Württembergischer Ministerialdirektor v. Schuelder bittet ebenfalls dringend, die Beschränkungen für die nach dem 1. Juli 1902 betriebsfähig werdenden Brennereien abzulehnen. Die Beschlüsse der Kommission bedeuten eine schwere Schädigung der kleinen landwirtschaftlichen Brennereien.

Großherzoglich badischer Geheimrat Scherer: Wir würden das Inkrafttreten dieser Bestimmung ebenfalls entschieden bedauern, und ich kann Sie nur bitten, sie abzulehnen.

Abg. Dr. Sieber (natl.): Ich kann nur erklären, daß ich, falls diese verschärfende Bestimmung der Kommission angenommen wird, gegen das ganze Gesetz stimmen werde.

Abg. Rehner (C.) wendet sich gleichfalls gegen den Kommissionsbeschluss. Zum mindesten müßte der Termin für die neuen Brennereien vom 1. Juli bis 1. Oktober 1902 verlängert werden.

Abg. Pachtke (fr. Sp.): Wir befinden uns in einer eigentümlichen Situation. Von zwei Regierungsvertretern und verschiedenen Seiten aus dem Hause hat man sich gegen die Kommissionsbeschlüsse ausgesprochen, während von der anderen Seite noch kein Rechtfertigungsversuch unternommen worden ist. Die Herren scheinen mehr geneigt zu debattieren als zu diskutieren. Vielleicht entschließen sich die Herren jetzt, wo ein Antrag auf namentliche Abstimmung in Aussicht steht, ihren Standpunkt näher darzulegen. — Die Maischbottichsteuer hatte früher ihre Berechtigung, heute ist sie ganz überflüssig. Herr v. Rheinbaben hat sich ja gestern für das ganze Gesetz, also auch für diese Steuer und die Art ihrer Erhebung, ausgesprochen. Er hat es aber sehr geschickt verstanden, die tiefgründige Sachkenntnis, die er natürlich hat, zu verhehlen, und hat sich lediglich auf allgemeine europäische Redensarten beschränkt. (Sehr richtig! links.) Nichts geht so sehr gegen das Interesse der kleinen und mittleren Landwirte, die doch die Regierung gerade schützen will, als die Beschlüsse der Kommission. Den kleinen Landwirten wird zwar das Recht gewährt, Genossenschaftsbrennereien zu gründen, aber die Ausübung dieses Rechts wird ihnen erheblich erschwert. Wir wünschen, daß die Herren, welche solche Beschlüsse fassen wollen, dies klar und offen thun und beantragen daher namentliche Abstimmung über diesen Paragraphen.

Abg. Speck (C.) beantragt den Termin für neu entstehende Brennereien bis zum 1. September 1902 zu verlängern.

Abg. Wurm (Soz.):

Wir beantragen die Streichung des Paragraphen aus zwei Gründen. Durch die Maischbottichsteuer wird den großen Brennereien eine versteckte Liebesgabe zugeführt zu Ungunsten der kleinen und mittleren Brennereien. Diese indirekte Liebesgabe beträgt fünf Millionen Mark. Wir verlangen an Stelle der Maischbottichsteuer eine Verbrauchsabgabe. Zweitens hat die Maischbottichsteuer auch nicht mehr die technisch fördernde Wirkung wie früher, sie ist daher überflüssig geworden. — Man hat hier zwei verschiedene Begriffe landwirtschaftlicher Brennereien konfundiert. Das ist sehr interessant für die kleinen Bauern. Nicht nur die Arbeiter-Konsumvereine wollen die Herren Konserverbrenner besteuern, sondern auch die Genossenschaftsbrennereien der kleinen Bauern wollen sie möglichst einschränken, soweit sie solche Genossenschaften als Konkurrenten zu fürchten haben. Den genossenschaftlichen Brennereien soll nur gestattet werden, diejenigen Stoffe zu verarbeiten, die sie selber erzeugen, mit Ausnahme von Roggen, Weizen, Hafer, Gerste. Auf Mais, den die Württemberger unbedingt brauchen, wollen Sie die Ausnahme nicht ausdehnen. Sie wollen damit einerseits den württembergischen Brennern die Konkurrenz erschweren und zweitens rechnen Sie darauf, daß Ihre preussische Kartoffel in Württemberg Abfall findet. Für billige Preisen wird der preussische Weinbau schon sorgen. — Wenn die Herren der Rechten, wie sie vorgeben, wirklich nur den Mißbrauch des Genossenschaftswesens bei den Brennereien steuern wollen, dann dürfen Sie den wirklichen Genossenschaften, die im Interesse der kleinen Landwirte liegen, nicht die Existenz erschweren. Wenn Jostarrich sprechen Sie immer von dem Interesse der kleinen Bauern, hier, wo Sie wirklich etwas für sie thun können, machen Sie Gesetz auf Gesetz gegen die Bauern. Dies vor dem Lande festzustellen, ist die Aufgabe der Linken. (Bravo! links.)

Abg. Dr. Paasche (natl.) tritt für den Antrag Speck ein und verteidigt im übrigen die Kommissionsbeschlüsse. Es handelt sich gar nicht darum, dem kleinen Bauer das Leben schwer zu machen; auch gelten die Beschlüsse nur für neu zu errichtende Brennereien. Der kleine Brenner kann nach wie vor Mais brennen.

Abg. Dr. Semler (natl.) polemisiert gegen die Ausführungen des Abg. Pachtke und tritt für Aufrechterhaltung der Kontingentierung ein, die man nicht beseitigen könne, ohne daß die große Masse des Volkes einen eminenten Schaden davon hätte. Im Namen meiner Freunde will ich nur erklären, daß wir vorläufig mit diesem Gesetz vorlieb nehmen werden und zwar nur auf kurze Zeit. Wir hoffen später zu einem besseren Resultat zu gelangen. (Sehr richtig! bei den National-Liberalen.)

Nach weiteren Ausführungen des Abg. Pachtke (fr. Sp.) schließt die Diskussion.

Zu der Abstimmung wird der Antrag Speck auf Heraufsetzung der Frist für neu errichtete Brennereien bis zum 1. September 1902 einstimmig angenommen, der Antrag Müller-Sagan auf Streichung der Verschärfung wird in namentlicher Abstimmung mit 201 gegen 71 Stimmen (die der Socialdemokraten,

Freisinnigen und einiger National-Liberalen) abgelehnt. Es bleibt also bei den Kommissionsbeschlüssen mit der Aenderung des Absatzes Speck.

§ 42 wird debattelos nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 43a handelt von der Brennsteuer.

Auf Vorschlag des Vicepräsidenten Büsing werden die einzelnen Absätze getrennt beraten.

Der erste Absatz bestimmt, daß in denselben Brennereien, die jährlich mehr als 200 Hektoliter reinen Alkohols erzeugen, von der mehr erzeugten Alkoholmenge ein besonderer Zuschlag zur Verbrauchsabgabe erhoben wird, und zwar beträgt dieser Zuschlag (Brennsteuer) je nach der Höhe des Kontingents der betreffenden Brennerei 2 bis 6,50 M. pro Hektoliter.

Abg. Wurm (Soz.) beantragt, diesen Absatz zu streichen.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Sp.) beantragt, die Brennsteuer erst von einem Kontingent von 300 Hektoliter an zu erheben und die Staffelung in veränderter Progression von 2 bis 6 M. pro Hektoliter steigen zu lassen.

Abg. Dr. Pachtke (fr. Sp.):

Die Brennsteuer von 1895 hat ihren Zweck nicht erreicht. Eine Einschränkung der Produktion ist nicht erfolgt, im Gegenteil eine Ausdehnung derselben. Ebenso ist der zweite Zweck der Brennsteuer, durch Schaffung eines Vergütungsfonds auf den erweiterten Verbrauch des Spiritus zu technischen Zwecken hinzuwirken, nicht erreicht worden. So lange der Spiritus aus der Kartoffel gewonnen wird, ist es ausgeschlossen, daß er die Konkurrenz mit dem Petroleum aufnehmen kann. Wir sind prinzipiell gegen die Brennsteuer, wird sie aber angenommen, dann möge man die Staffel wenigstens nach meinem Antrag festlegen, der im wesentlichen die kleinen Brennereien bis zu einer Jahreserzeugung von 300 Hektoliter von der Brennsteuer freilassen will und den Höchstbetrag der Steuer niedriger bemessen will, als die Kommissionsvorlage.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.): Meine Freunde werden gegen die Brennsteuer überhaupt stimmen.

Abg. Holz (Sp.) tritt für die Kommissionsbeschlüsse ein. Die Kosten der Steuer sollen auf alle Brennereien gerecht verteilt werden.

Abg. Wurm (Soz.):

Die Brennsteuer bildet die dritte Liebesgabe, welche den Agrariern durch das Gesetz zugeführt wird. Es ist ein Märchen, daß die Brennsteuer von den Brennern getragen wird. Sie wird vielmehr von dem Branntwein trinkenden Publikum bezahlt in einer Höhe von 11 bis 12 Millionen jährlich. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Die gesamte Liebesgabe in diesem Gesetz beträgt 190 Millionen Mark. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) 190 Millionen davon gehen in die Staatskasse, 60 Millionen in die Taschen der Brenner. (Hört! hört! bei den Socialdemokraten.) Herr Holz hat durch eine sachverständige Rede bestätigt, was von seinen Freunden immer bestritten wird: daß die Brennsteuer und der Spiritusdrück die Aufgabe hat, die Preise für Spiritus zu steigern. Ich wage dies hiermit fest, da gerade der Spiritusdrück sich das Gegenteil behauptet hat. Die Tendenz des Ringes geht direkt dahin, die technische Entwicklung zurückzuhalten. Als ich in der Kommission darauf hinwies, daß man nächstens dazu kommen werde, auch aus Torf Spiritus zu bereiten, haben die Herren Agrarier schamhaft eine erhöhte Steuer auch für solche Brennereien, welche Reststoffe verarbeiten, beschloffen. Jetzt kann ich Ihnen so sagen, daß ich diese Bemerkung nur gemacht habe, um die entwicklungsfeindliche Tendenz der Agrarier festzustellen. Zur Zeit ist noch keine Aussicht vorhanden, daß aus Torf Spiritus gewonnen werden kann.

Es ist auch nicht richtig, wie Herr Holz meinte, daß der Konsum von gewerblichem Spiritus infolge der Brennsteuer angenommen hat. Diese Zunahme hat in viel erheblicherem Maße vor Einführung der Brennsteuer stattgefunden.

In hoher Stelle interessiert man sich freilich jetzt für die Spiritusheizung von Kriegsschiffen und Warften. Wir werden uns bei der nächsten Etatsberatung nach den Kosten dieser Einrichtung erkundigen, dann wird sich herausstellen, daß dadurch weit höhere Ausgaben als durch die jetzige Heizungsart entstehen. Man behauptet, man wolle eine billige Konkurrenz gegen das Petroleum schaffen. In Wirklichkeit aber laufen die agrarischen Bestrebungen darauf hinaus, dem kleinen Manne das Licht zu vertreiben. Auch die Spiritusmotoren-Industrie leidet unter dem Monopol der Centrale für Spiritusverarbeitung. Die Motorenfabrik Ober-Urfel behauptet zum Beispiel in einer Eingabe an den Reichstag, so lange sie auf die Centrale als alleinige Lieferantin angewiesen sei, werde die Motorenindustrie niemals in die Höhe kommen. Der Spiritusdrück hat nicht nur den Preis des Reindranntweins, sondern auch den Preis des denaturierten Spiritus in die Höhe getrieben. Ein Liter Weinspiritus kostete 1899/1900 16 Pf., nach dem Entstehen der Centrale stieg der Preis auf 27 Pf. und ging dann wieder auf 23 Pf. zurück. Dabei hat die Centrale alle Mittel angewendet, um jede lästige Konkurrenz fernzuhalten. So hat z. B. eine Firma ein Insekt, in dem mitgeteilt war, daß sie ringreifen Spiritus fähre, in der Zeitschrift „Deutsche Glasindustrie“ erscheinen lassen wollen. Dies Blatt erscheint im Verlage des Reiches. Die Aufnahme des Insektes wurde von der Redaktion verworfen. (Hört! hört! links.)

Die Brennsteuer wird nicht vom Brenner bezahlt, sondern vom Publikum, sie wird abgewälzt auf die Leute, die Reinspiritus kaufen. Damit ist der Beweis geliefert, daß sie schädlich ist für die Allgemeinheit. Der Spiritusdrück aber ist genau so gemeingefährlich wie alle übrigen Ringe, der Zucker-, Kohlen- und Petroleum-Ring. Darum haben meine Freunde beantragt, den ganzen Paragraphen zu streichen. Eine Gelöbtheit der Spiritusindustrie ist nur möglich, wenn der Spiritus aus dem billigsten Material auf die möglichst billige technische Weise produziert wird. Die Brennsteuer freilich paßt in das ganze System der agrarischen Liebesgabenpolitik, sie bedeutet wieder eine Liebesgabe für die Brennereibesitzer und eine Belastung der Bevölkerung. (Weilfall bei den Socialdemokraten.)

Damit schließt die Debatte. Persönlich stellt

Abg. Holz (Sp.) in Abrede, erklärt zu haben, der Spiritusdrück habe den Zweck, die Spirituspreise zu erhöhen.

Ueber den Antrag Wurm wird erst nach Beratung des ganzen § 43a abgestimmt werden. Der Antrag Pachtke wird gegen die freistimmige Vereinnung abgelehnt und der Absatz in der Kommissionsfassung angenommen.

Abf. 2 des § 43a bestimmt nach dem Kommissionsbeschluss, daß die kleinen Getreidebrennereien bis zu einem Kontingent von 300 Hektoliter die Brennsteuer überhaupt nicht zu entrichten und bei einem Kontingent von 300 bis 600 Hektoliter nur die Hälfte zu bezahlen haben.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) will diese Vergünstigung auch den Materialbrennereien, sofern sie nicht Brennereibehälter verarbeiten, zu gute kommen lassen.

Abg. Dr. Müller-Sagan (fr. Sp.) begründet seinen Antrag, der vor allem im Interesse der Cognatbrennereien liegt.

Abg. Big (natl.): Der deutsche Weinbau hat kein Interesse daran, da guter Cognat lediglich aus Kunstwein hergestellt wird.

Unter Ablehnung des Antrags Müller-Sagan wird die Kommissionsfassung angenommen.

Abf. 3 des § 43a lautet in der Kommissionsfassung: In landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien, die als solche am 1. April 1895 bestanden haben, wird für den Umfang des damaligen Betriebes die Brennsteuer nur zu vier Fünfteln der Sätze erhoben.

Abg. Fischbeck (fr. Sp.) will für diese landwirtschaftlichen Genossenschaftsbrennereien nur drei Viertel der Brennsteuererläge erheben lassen.

Abg. Wurm (Soz.) beantragt, den Absatz zu streichen.

Der Antrag wird abgelehnt, Absatz 3 unverändert angenommen.

Abf. 4 des § 43a enthält Bestimmungen, die den Sommerbrand (in der Zeit vom 16. Juni bis 15. September) in den landwirtschaftlichen Brennereien durch Auflegung einer Brennsteuer von 3 M. einschränken sollen. Die Sommerbrandsteuer soll alle landwirtschaftlichen Brennereien treffen, die weniger als 16 M. an Zuschlag zu zahlen haben. Für die kleineren Maischbottichsteuer entrichtenden Brennereien ist eine Ermäßigung der Brennsteuer je nach der Größe auf ein oder zwei Mark vorgegeben. Die ganz kleinen Brennereien, die weniger als 1000 Liter Brennraum täglich bemessen, sollen von der Steuer für den Sommerbrand befreit bleiben, ebenso die Getreidequalitäts-Brennereien.

Der Schlussatz dieses Absatzes lautet: Die auf den Sommerbrand gelegte Brennsteuer ist auch zu erheben, soweit der Betrieb vom 16. September bis 15. Juni 8 1/2 Monate überschreitet.

Abg. Müller-Sagan (fr. Sp.) beantragt, diesen letzten Satz zu streichen.

Abg. Wurm (Soz.) beantragt, die ganze Bestimmung zu streichen.

Unter Ablehnung der Anträge wird die Kommissionsfassung angenommen.

Art. IV legt fest, daß die Bestimmungen über den Sommerbrand sofort, die übrigen Bestimmungen am 1. Oktober 1902 in Kraft treten sollen. Die Geltungsdauer der neuen Bestimmungen über die Brennsteuer wird auf 10 Jahre, bis zum 1. Oktober 1912, bemessen, während die Abg. Wurm (Soz.) und Müller-Sagan (fr. Sp.) die neue Brennsteuer nur auf 3 Jahre, Abg. Pachtke (fr. Sp.) auf 6 Jahre gelten lassen wollen.

Nach kurzer Debatte wurden die Anträge Wurm, Müller-Sagan und Pachtke abgelehnt und der Kommissionsbeschluss angenommen.

Eine von der Kommission beantragte Resolution, wonach a) dem Reichstage baldmöglichst ein Gesetzentwurf betreffend die Aufhebung der Maischbottichsteuer und deren Ersatz durch einen Zuschlag zur Verbrauchsabgabe vorgelegt werden, b) dafür Sorge getragen werden soll, daß das Mischen der Hefe mit Stärkemehl, Kartoffelmehl und Bierhese und das Festhalten solcher gemischten Hefe verboten werde, wird angenommen.

Die Gesamtabstimmung wird bis nach Erledigung der Zudersteuer-Vorlage ausgesetzt.

Nächste Sitzung Donnerstag 1 Uhr (Vogelschutz-Vorlage, Toleranzantrag des Centrums, Petitionen).

Schluss 6 Uhr.

Abgeordnetenhaus.

81. Sitzung vom 4. Juni, 12 Uhr.

Am Regierungssitz: v. Thielens, v. Poddiecki. Zunächst wird der Gesetzentwurf betreffend die Neuordnung der Vertragsverhältnisse der Main-Neckarbahn in zweiter Beratung debattelos angenommen.

Geno wird die von der Kommission für die Beratung der Anträge Trimbom (C.) und Dr. Erlger (fr. Sp.) beantragte Resolution betreffend die Förderung des Handwerks auf Antrag des Abg. Frick (C.), dem sich die Abg. Dr. v. Heydebrand (L.), Freiser v. Sedlitz (fr.) und Dr. Dirck (fr. Sp.) anschließen, ohne Debatte en bloc angenommen.

Die Resolution der Kommission verlangt Veranstaltungen zur Einführung feingewerblicher Maschinen, Einrichtungen zur Verbesserung bewährter Arbeitsmethoden und technischer Fortschritte des Kleingewerbes, Förderung der Lehrlingsausbildung und des gewerblichen Genossenschaftswesens sowie die Errichtung einer Centralstelle im Handelsministerium für die Verhältnisse des Handwerks mit Zweigstellen in den Provinzen.

Es folgt die Besprechung der Interpellation der Abg. v. Pappenheim-Liebenau (L.) und v. Mendel-Steinfeld betr. den Kontraktbruch in Arbeitsverhältnissen.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Hat die kaiserliche Staatsregierung die Absicht, alsbald einem Gesetzentwurf einzubringen gegen den Kontraktbruch in Arbeitsverhältnissen?“

Landwirtschaftsminister v. Poddiecki erklärt sich zur sofortigen Beantwortung der Interpellation bereit.

Zur Begründung der Interpellation ergreift sodann das Wort

Abg. v. Pappenheim (L.):

Unser Interpellation hat den Zweck, einer Verschleppung dieser wichtigen gesetzlichen Materie vorzubeugen. Die Regierung hat schon früher erklärt, daß sie die Notwendigkeit einer gesetzlichen Regelung dieser Materie anerkenne. Wir haben im Vorjahre auf eine Interpellation nur deshalb verzichtet, weil man uns sagte, daß das Gesetz bereits fertig sei. Die Verhältnisse sind besonders auf dem platten Lande von Jahr zu Jahr schlimmer geworden; das Rechtsgesühl in Bezug auf die Kontraktverhältnisse ist sowohl bei den Arbeitnehmern wie bei den Arbeitgebern schwer erschüttert worden. Fast gewinnt es den Anschein, als ob die Staatsregierung diese Materie für eine quantitative Angelegenheit und die Beschlüsse dieses hohen Hauses für der Beachtung unwürdig erachtete. Ich bitte Sie, mit uns von der Regierung eine klare Auskunft darüber zu verlangen, wie sie sich zu der in unserer Interpellation aufgeworfenen Frage verhält. (Vehementer Beifall rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Poddiecki:

Wie mein Antvorgänger, halte auch ich es für wünschenswert, daß klare Bestimmungen in der vom Vorredner bezeichneten Richtung ergehen, und zwar nicht etwa gegen die Arbeitgeber, sondern gegen die Arbeitnehmer, insofern als sie kontraktbrüchige Arbeiter in Beschäftigung nehmen, und auf der anderen Seite, gegen Arbeitgeber bezw. Vermittler, die Arbeiter zum Kontraktbruch verleiten. Nach dieser Richtung erachte ich den Ausbau der Gesetzgebung für notwendig. Als ich im vorigen Jahre mein Amt übernahm, habe ich sofort die Vorbereitungen für eine solche Vorlage treffen lassen. Aber es sind noch eine ganze Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden, ehe eine Gesetzesvorlage dem hohen Hause unterbreitet werden kann. Ich hoffe, in der nächsten Session, nachdem die Erhebungen beendet und die Schwierigkeiten überwunden sein werden, dem hohen Hause eine solche Vorlage, aber in der besprochenen Weise, wie ich sie soeben bezeichnet habe, machen zu können.

Abg. Dr. v. Heydebrand (L.) beantragt Besprechung der Interpellation.

Das Haus beschließt demgemäß.

Abg. Dr. Dirck (fr. Sp.):

Die Hauptschuld am Kontraktbruch tragen die Arbeitgeber, die die Arbeiter häufig zum Kontraktbruch verleiten. Man muß sich wirklich darüber wundern, daß die Agrarier hier wieder nach Staatshilfe schreien. Die Landwirtschaft ist doch so gut organisiert, daß sie solche kontraktbrüchigen ländlichen Arbeiter aus eigener Kraft verhindern könnte, indem namentlich auf die Arbeitgeber, die Arbeiter zum Kontraktbruch zu verleiten suchen, ein moralischer Zwang ausgeübt wird und die bestehenden Uebelstände bei der landwirtschaftlichen Arbeit abgestellt werden. Schon die Rücksicht auf die Lage der Industrie hätte die Regierung verhindern müssen, eine zwingende Antwort zu geben. Wenn der Kontraktbruch unter den ländlichen Arbeitern zugenommen hat, so ist das nur ein Beweis dafür, daß Erziehung und Justiz zu wünschenswert sind und daß es der Kirche und den übrigen möglichen Faktoren an dem nötigen erheblichen Einfluß fehlt. Solche Bestrebungen fördern nur die Socialdemokratie. Man sollte sich hüten,

neigt sich dies deshalb, weil der in Frage kommende Zeuge, Buchhalter Adolf Piper, verzeihen muß. Der Zeuge war Bureauvorsteher der Bankabteilung der Grundschulbank, während der Angeklagte Warfinski, der neben dem ersten Direktor Eduard Sanden als stellvertretender Direktor amtierte, der Hypothekenabteilung vorstand. Die Bücher der Bankabteilung wurden ganz selbstständig geführt, die Bilanz ebenfalls selbstständig aufgestellt. In Bezug auf die Bilanzen hat der Zeuge, wie er behauptet, nicht mit Herrn Schmidt verhandelt. Das war mehr das Departement vom Kommerzienrat Sanden. Der Zeuge beklagt sich darüber, daß er jetzt sehr darunter zu leiden habe, unter Sanden gearbeitet zu haben. Von den jetzigen Nachhabern werde so gethan, als ob er stillschweigend mit Herrn Eduard Sanden „mitgenommen“ hätte. Das sei aber absolut nicht der Fall, aber trotzdem werde er von den jetzigen Nachhabern in der Reuten Bodengesellschaft entlassen. Zeuge Piper vertritt die Ansicht, daß Warfinski neben Herrn Kommerzienrat Sanden eine ganz selbstständige Stellung besetzte, ihm die Buchungszettel heruntersgab, Anordnungen traf und auch die Bilanzen, die er ihm gab, nachdem sie in verschiedenen Punkten verändert waren, ihm zurückgab. Er wurde auch „Direktor“ genannt. Angeklagter Warfinski bekennt sich entschieden, daß er irgendwie auf die Gestaltung der Bilanzen Einfluß ausgeübt habe. Die längeren Erörterungen über das Verhältnis des Angeklagten Warfinski zu Eduard Sanden schließen mit der Erklärung des letzteren ab, daß Warfinski im wesentlichen nicht selbständig über wichtigere Dinge Anordnungen traf, sondern seiner Direktion folgte.

Die Verhandlung kehrt hierauf wieder zu den Bilanzen der Preußenbank und der Beweishebung über die Verschleierungen

bei denselben zurück. Abends wird sie auf Donnerstag früh 9 Uhr vertagt.

Berein abstinenter Arbeiter und Arbeiterinnen Berlin.
Heute abends 8 1/2 Uhr in den Arminkallen, Kommandantenstr. 20: 1. Diskussionsabend: Wie muß sich unsere Agitation gestalten? 2. Vereinsangelegenheiten.

Eingegangene Traktatschriften.
„Der Dageraad der Volksbefreiung“ („Die Morgenröthe der Volksbefreiung. Skizzen und Bilder aus der sozialistischen Bewegung in Niederland von H. v. Bliegen“). Unter diesem Titel erscheint in Amsterdam bei S. v. van Kobbé ein auf 40 Lieferungen berechnetes Werk, worin eine Schilderung der holländischen Arbeiterbewegung von ihren Anfängen bis auf die neueste Zeit gegeben werden soll. Die erste Lieferung, die uns vorliegt, enthält außer einer übersichtlichen Schilderung der ersten Epoche (1878-1888), einen Teil der Biographie S. Gerhard's, des „alten“ Gerhard, des ersten sozialdemokratischen Propagandisten in den Niederlanden, und dessen sehr fein angeführtes Porträt. Das ganze Werk wird circa 50 Portraits enthalten. Der Preis der Lieferung beträgt 1 1/2 Cent.

„Sozialdemokratisches Aarhunde“ („Das Jahrhundert der Sozialdemokratie“) ist der Titel eines groß angelegten Werkes, worin die Geschichte der Arbeiterbewegung von der französischen Revolution 1789 bis auf unsere Tage in Frankreich, England, Deutschland, Dänemark, Norwegen und Schweden dargestellt wird. Verfasser des Werkes sind der Schriftsteller G. E. Jensen, „Sozialdemokratisches“ Literaturkritiker und der Holsteins-Admiral Cand. phil. Dr. Borgbjerg. Das Werk erscheint in 60 Lieferungen, reich illustriert mit historischen Darstellungen, Bildern und Karicaturen bedeutender Künstler der betreffenden Zeitpunkte, Portraits und allegorischen Darstellungen. Der Frankreich behandelnde Teil liegt jetzt, 331 Seiten umfassend, komplett vor; von der englischen und von der dänischen Arbeiterbewegung sind je 3 Lieferungen erschienen.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechstunde findet täglich mit Ausnahme des Sonnabends von 7 1/2 bis 9 1/2 Uhr abends statt.

P. S. 32. Die Broschüre, die eine Verpöthung der Sozialdemokratie sein soll, ist in der That vor einiger Zeit in einem Berliner Verlage erschienen und im Buchhandel käuflich. Der „Wid“ ist aber so plump, daß die Broschüre auf den ersten Blick zu erkennen war.

W. 3. Rein - W. 2., Gera. Sie haben recht. 1. Rein. 2. und 3. Reihe. - 1000. b. 1. Rein. 2. Der Staatsrath. 3. Ja. - G. S., Waadt. Nicht Sie, sondern der Vater des armen, an dem Herbrechen der Scheibe schuldigen Kindes ist zum Schadenersatz verpflichtet. - **010 B.** 1. Ja. Sie brauchen aber nicht zu bezahlen. 2. In 10 Jahren.

Witterungsübersicht vom 4. Juni 1902, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Stationen	Barometer Höhe mm	Wind- richtung	Windstärke	Wetter	Temp. in C.	Temp. in F.
Swinemünde	768	SO	2	Wolklos	18	Wuppertal	768	SW	4	bedeckt	7
Hamburg	766	SO	2	Wolklos	17	Berlin	767	NO	1	Wolklos	10
Berlin	766	O	2	Wolklos	20	Gork	760	S	5	bedeckt	12
Frankf./M.	763	NO	2	Wolklos	23	Aberdeen	-	-	-	-	-
München	764	O	2	heiter	16	Paris	765	SW	3	bedeckt	13
Wien	764	SW	1	Wolklos	21						

Wetter-Prognose für Donnerstag, den 5. Juni 1902.
Sommerlicher und sehr warm bei mäßigen östlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.
Berliner Wetterbureau.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 5. Juni.
Cyrenus. Hänsel und Gretel. - Die Puppenfee. Anfang 7 1/2 Uhr.
Schauspielhaus. Wintermärchen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neues Opern-Theater (Kroll). Gastspiel der königlichen Holoper aus Stuttgart. Hofmann's Erzählungen. Anfang 7 1/2 Uhr.
Im Wiederpielhaus: Offenbach's Gullus. Die Janbegerige. - Palmopol und Bernette. - Apollon und Freixur. Anfang 8 Uhr.
Schiller. König Dancbald. Anfang 8 Uhr.
Deutsches. Es lebe das Leben. Anfang 7 1/2 Uhr.
Berliner. Räuber. Anfang 7 1/2 Uhr.
Reising. Geschlossen.
Welter. Der Barbier von Sevilla. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neuers. Die Großstadtluft. Anfang 7 1/2 Uhr.
Neuburg. Einquartierung. Anfang 7 1/2 Uhr.
Central. Coralie u. Cie. Anfang 8 Uhr.
Thalia. Gastspiel der Schiller-Oper. Der Probenbauer von Tegernsee. Anfang 8 Uhr.
Belle-Alliance. Die Dame aus Trouville. Anfang 7 1/2 Uhr.
Carl Weisk. Die Viper. Anfang 8 Uhr.
Friedrich-Wilhelmstädtisches. Der lustige Schenker. Anfang 7 1/2 Uhr.
G. v. Holzhausen's Neues Theater (Niederbrettel). Anfang 8 Uhr.
Stall und Ranch. Serenissimus-Zwischenspiele. Matenmarkt. - Schö. Seiten. - Kollagen. Anfang 8 1/2 Uhr.
Cyrenus. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Charivari. Täglich Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Metropol. (Moritz-Oper.) Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 8 Uhr.
Mythen. Kaffirata. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang 8 Uhr.
Reichshallen. Stettiner Sänger. Anfang 8 Uhr.
Postage-Theater. Spezialitäten-Vorstellung. Anfang nachmittags 5 Uhr.
Postage-Panoptikum. Spezialitäten-Vorstellung.

Urania.

Tauben-Strasse 48/49.
Im Theater um 8 Uhr:
Dr. E. Deckert:
Die Vulkankatastrophe von Martinique.

Passage-Panoptikum.

Der weibliche Affenmensch. Die Seefänger. Der Tigerknabe. Damen-Ringkampf!
Passage-Theater. Anfang Sonntags 3 Uhr, Wochentags 5, Ende 11 Uhr.
Willy Prager 16 Elite-Nummern.

CASTANS Panoptikum

Friedrich-Strasse 165.
Photographische Aufnahme von der Insel **Martinique** und von den Schlachtfeldern **Transvaals.** Im Konzertsaal:
Schwedische Künstlerkapelle 4 Damen, 2 Herren.

ZOOLOGISCHER GARTEN

Täglich ab 4 Uhr nachmittags:
Militär-Doppel-Konzert. Entree 1 Mk., von abends 6 Uhr ab 50 Pf., Kinder unter 10 Jahren die Hälfte. - Sonntag und Donnerstag 3 Kapellen.

Central-Theater.

Donnerstag, 5. Juni, abends 8 Uhr:
Zum 144. Male:
Coralie & Cie. Schwant in 3 Akt. v. Albin Valabrègue und Maurice Hennequin.
Wochen u. folgende Tage: Coralie & Cie.

Belle-Alliance-Theater.

Im Garten auf der Sommerbühne um 8 Uhr: **Die Dame aus Trouville**
Schwank mit Gesang u. Tanz in 3 Akten. Vor und nach der Vorstellung: **Grosses Konzert.** Bei unangenehmer Witterung im Theater: „Gr.“ - Garten-Entree laut. Vorstellung 30 Pf. - Saisonkarten 3 M. - Tageskarten 2 M.

Schall und Rauch

(Kleines Theater)
Unter den Linden 44.
Donnerstag, 5. Juni, abds. 8 1/2 Uhr:
Serenissimus-Zwischenspiele
Gastspiel von Emanuel Reicher. Malennacht. Kollegen. Schöne Seelen.

Reichshallen.

Täglich:
Stettiner Sänger
Anfang: Wochentags 8 Uhr, Sonntags 7 Uhr.
Tagesstoffe 11-1 1/2 Uhr.
Zum Schluß:
„Stückes Pling stähre“
Reichshallen-Garten und Restaurant.
Täglich: Grosses Militär-Konzert.

Freie Volksbühne.

Sonntag, den 8. Juni, nachmittags 2 1/2 Uhr:
Dritte Opern-Vorstellung im Metropol-Theater:
Carmen.
Einige Marken zu „Carmen“ sind event. am Sonntag von 2 Uhr ab im Metropol-Theater erhältlich.
Der Vorstand. I. A.: G. Winkler, Rixdorf, Kirchhofstr. 46.

Hasenheide Neue Welt Hasenheide

108-114. **Neue Welt** 108-114.
Direktion: Arnold Scholz (Inhaber der Germania-Prachtsäle, Chaussee-Strasse 103).
Heute sowie jeden Donnerstag:
Regimentsmusik des 4. Garde-Regiments z. F. in Uniform, **Bergter-Militär-Konzert.**
Auf der Sommerbühne (Artistic Leiter: R. Trinkelsteller)
Täglich: Bothe-Konzert, Specialitäten-Vorstellung.
Auftreten der neu engagierten Attraktionen.
Monstre-Feuerwerk vom Kunstfeuerwerker Bock.
Im Bal champêtre-Saal: **Grosser Ball.**
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Vorstellung 6 Uhr.
Eintritt 50 Pf. Billets a 40 Pf. im Vorverkauf sind bei den Herren Zappel, Naunynstr. 71, Lehmann, Jahnstr. 8, und Kessler, Mariannenstr. 37, zu haben.
Kaffeeküche geöffnet. 3 Kegelsbahnen zur Verfügung.
Morgen Freitag, den 6. Juni: **Konzert und Vorstellung.**
Montag, den 9. Juni: Unwiderruflich letzter Ballon-Aufstieg und Benefiz für das Luftschifferpaar **Rosa Calverni und Kapitän Behrends.**

Carl Weiss-Theater.

Große Frankfurterstr. 132.
Täglich abends 8 Uhr:
Die Viper.
Im Garten: Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorst. Anfang 5 1/2 Uhr

W. Noacks Theater.

Wendischische 16.
Täglich:
Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung.
Nord und Süd.
Operette in 1 Akt von Rob. Lindner. Musik von Richard Thiele.
Im Saal: **Tanzkränzchen.**

Ostbahn-Park.

Am Kästnerplatz, Rüdersdorferstr. 71.
Hermann Imbs.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater und Spezialitäten-Vorstellung.

Preis-Krankenkasse der Gastwirte

u. verwandt. Gewerbe zu Berlin.
Freitag, den 13. Juni, nachmittags 3 Uhr:
Außerordentliche General-Versammlung
im Lokale des Herrn Fricke, Rönigstr. 17.
Tagesordnung:
1. Besprechung des Jahresberichts 1901. 2. Beschlussefassung über Erhöhung der Beiträge und die in Aussicht genommene Ausdehnung der Unterhaltungsarbeiten auf 26 Wochen. 3. Freie Besprechung.
Berlin, den 5. Juni 1902. 273/10
Der Vorstand.
Poppe, Kraushaar, Borjander, Schriftführer.

Max Kliems Sommer-Theater.

Hasenheide 13-15.
Artistic Leiter: Gust. Bock.
Täglich:
Gr. Konzert, Theater- u. Spezialitäten-Vorstellung
Jeden 1. und 15. d. Monats:
Wechselndes Programm!
Donnerstag: **Elite-Tag.**

Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Actiengesellschaft

(vormals W. A. Boese & Co.)
In der heutigen Generalversammlung wurden die Aufsichtsrats-Mitglieder, die Herren W. Sch. Rat. Adolf Biede, Excellenz, Berlin, Bankier Alfred Weinschel, Frankfurt a. M., Hüttenbetriebsrat a. D. Otto Philipp, Berlin, Untergutsbesitzer B. H. Boese, Berlin, Direktor der Bank für industrielle Unternehmungen Carl Eckhard, Frankfurt a. M., Kommerzienrat Wilhelm Reichel, Mitglied der Bayerischen Abgeordneten-Kammer, wieder gewählt, während an Stelle des wegen vorgerückten Alters eine Wiederwahl ablehnenden Herrn Oberbaurat Otto Schmidt, Hannover, Herr Dr. Conrad Weisner, Direktor der Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius u. Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien Berlin, neu gewählt wurde.
Die von der ordentlichen Generalversammlung unserer Aktionäre für das Jahr 1901 auf 4 Proz. festgesetzte Dividende gelangt von heute ab mit W. 40.- pro Aktie
in Berlin bei der Kasse der Gesellschaft, oder bei einer der nachbenannten Stellen:
in Berlin bei der Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, dem Bankhaus von Könen & Co., in Frankfurt a. M. bei der Deutschen Genossenschaftsbank von Soergel, Parisius & Co., Kommanditgesellschaft auf Aktien, bei der Wälfischen Bank, bei der Bank für industrielle Unternehmungen, bei dem Bankhaus Bass & Herz, in Stettin bei dem Bankhaus Wm. Schlutow zur Auszahlung.
Berlin, den 31. Mai 1902.
Der Vorstand
der Accumulatoren- und Electricitäts-Werke-Actiengesellschaft
vormals W. A. Boese & Co.

Carl Stier,

Berlin SO., Oranienstr. 166.
Potsdam, Nauenerstr. 23.

Zur Sommer-Saison empfehle ich:
Jackett-Anzüge

in allen modernen Stoffarten und Farben 15, 17, 50, 20, 22, 50, 25, 30, 35, 40, 45, 50 und 55 Mark.

Havelocks

in wetterfestem Loden, mit voller, vorn abgefütterter Pelzlinie, 8, 50, 10, 50, 12, 15, 18, 20, 25, 30 und 35 Mark.

Radfahrer-Anzüge

in Jackett- oder Falten-Joppen-Form 15, 17, 50, 20, 25 und 30 Mark.

Sommer-Loden-Joppen

2, 50, 3, 4, 50, 6, 7, 50, 9 und 12 Mark.

Wasch-Joppen

in grünlich, bräunlich oder grau meliert, 1, 25, 1, 75, 3, 3, 75, 4, 25, 5, 6, und 6, 50 Mark.

Leichte Sommer-Jacketts

von Alpaca, Panama, Diagonal, Mohair-Cord od. Cachemir. Schwarz mit Aermelfutter 3, 3, 50, 4, 5, 25, und 6 Mark. Schwarz, ganz gefüttert 6, 50, 7, 50, 8, 9, 10, 50 u. 12 Mark. Farblich ganz gefüttert 5, 25, 6, 7, 50, 8 und 9 Mark. Farblich ganz gefüttert 7, 8, 8, 50 und 9 Mark.

Knaben-Turn- und Schul-Anzüge

(Waschstoffe)
in Jacken- oder Joppen-Form von 2, 50 bis 14 Mark.

Knaben-Blusen-Wasch-Anzüge

in prächtvoller Ausführung von 1, 75 bis 12, 50 Mark.
Streng feste Preise - Reelle Bedienung.

Schweizer Garten

Am Königsthor 42022*
Am Friedrichshain
Täglich:
Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung und Ball.
Vollbelichtete Freier Damentanz.
Um 10 Uhr: **Sonne im Bade.**
An Wochentagen ist die Kaffeeküche von 3-6 Uhr geöffnet.
Früebels
Allerlei Theater
früher Pahlmann
Schönhauser-Allee No. 148.
Durchweg glanzvoll erneuert!
Täglich: Gr. Garten-Konzert, Theater, Spezialitäten-Vorstellung.
Kommen! Sehen! Staunen!
Unablässig stimmungsvoller Betrieb des erlauchtesten Programms!
Im Brodhaus: **Gr. Ball.**
Anfang Konzert 5 Uhr, Ball 6 Uhr.
Entree 30 Pf., Speisef. 50 Pf.
Vorzeiger dieser Annonce zahlen auf all. Plänen d. Hälfte.
Bei unangenehmer Witterung finden die Vorstellungen im Saale statt.

Sanssouci

Kottbusserstr. 4a,
Station der Hochbahn.
Täglich im Garten, bei unangenehmer Witterung im Saal:
Hoffmann's Norddeutsche Sänger und Konzert.
Sonntag, Montag und Donnerstag nach der Soliree: **Tanzkränzchen.**
Tanz frei!
Anfang des Konzerts 5 Uhr, der Soliree 7 Uhr. Entree 30 Pf., ab 9 Uhr 20 Pf.

Prater-Theater

Kasanien-Allee 7-9.
Täglich:
Durch fremde Schuld.
Vollständ. mit Gesang in 3 Akten.
Ballettges. Cathrin, Tyrolenne Mary Elysa, Grottesque-Rom. Paul Coradini, Brothers Fred, unkl. Excentriker. Mr. Barling, Ich. Photogr. Fred Marzahl, Truppe, Pantom. Musikantenstreiche. Bartings elektrische Feste. (3000 Wählstörper.) Konzert u. Ball. Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf., numerierter Platz 50 Pf.
Kalbo.

Marienburger Pferde-Lotterie

Ziehung schon 12. Juni.
3080 Gewinne im Werte von **80 000 Mk.**
Lose a 1 M. - 11 Stück 10 M.
28 St. 25 M. (Porto u. Liste 20 Pf.)
Oscar Bräuer & Co. Nachf.
Bankgeschäft
Berlin W., Friedrichstrasse 181.
Filialen: NW, Wilsnackerstr. 63.
O., Androssstr. 46a. [4282L*]

Wintergarten.

Das neue Juni-Programm
Besser und interessanter wie je!

Der Mordprozeß Thomashke.

Landgerichtsdirektor Bohle eröffnet die Sitzung um 9 1/2 Uhr. Die Vernehmung des Angeklagten wird fortgesetzt. Zunächst werden noch einmal die Verhältnisse erörtert, welche bei den Abmachungen zwischen Thomashke, Köppler und Holzappel in bezug der Abtretung der dem ersteren in Aussicht stehenden Erbschaft maßgebend gewesen sind.

Es wird darauf zur Erörterung des Giftmordes

übergegangen. Den Geschworenen werden die lokalen Verhältnisse der Köpplerschen Wohnung in eingehender Weise unter Zuhilfenahme von Zeichnungen und Plänen erläutert. Der Angeklagte folgt den Erklärungen des Präsidenten mit großer Aufmerksamkeit. Auch der Divan, auf dem die Leiche Köpplers gefunden wurde, ist zur Stelle. Bevor irgend etwas in dem Zustande der Wohnung geändert wurde, sind von dem Ratte 5 Photographien aufgenommen worden. — Präsi.: Angeklagter, nun erzählen Sie, wie Sie den Abend des 30. September zugebracht haben. Der Angeklagte giebt davon folgende Schilderung: Gegen 8 Uhr abends begab ich mich der Verabredung gemäß zu Köppler. Ich holte eine Kanne Bier aus dem gegenüberliegenden Restaurant der Witwe Grote, die wir dann in Köpplers Wohnung leerten. Präsi.: Wer schenkte ein? — Angekl.: Köppler. — Präsi.: Wohin stellte er jedesmal die Kanne? — Angekl.: Neben sich auf den Tisch. — Präsi.: Also nicht nach Ihrer Seite? — Angekl.: Nein. — Präsi.: Worüber unterhielten Sie sich? — Angekl.: Köppler erzählte mir, daß er am 2. Oktober zum Offenbarungstag geladen sei. Dies machte ihm aber weniger Sorge, als die Befürchtung, daß Holzappel ihn wegen Meineids denunzieren würde. — Präsi.: Wie lange blieben Sie bei ihm? — Angekl.: Bis gegen 1/2 Uhr. Er begleitete mich zur Thür. — Präsi.: Nehmen Sie an, daß nach Ihnen noch jemand bei ihm gewesen ist?

Angell.: Ich kann es nicht sagen, aber jedenfalls hatte Köppler die Angewohnheit, lange aufzusitzen und Licht zu brennen. Er ließ die Lampe brennen, auch wenn er fortging. — Präsi.: Wie erklären Sie sich nun, daß Köppler am folgenden Vormittag tot aufgefunden wurde? — Angekl.: Ich kann es wirklich nicht wissen. — Präsi.: Aber Sie waren doch sein Freund, verkehrten täglich mit ihm und kannten seine Lebensgewohnheiten. Da mocht man sich doch Gedanken. — Angell.: Ich kann nur annehmen, daß er Selbstmord begangen hat, vielleicht drückten ihn die Verhältnisse doch mehr als er zugeben wollte. — Präsi.: Das Pulver, welches auf dem Tische lag, war Strichnium, ein sehr scharfes Gift. Es ist erwiesen, daß Köppler zweifellos an Strichnium gestorben ist. Wenn jemand Strichnium genommen hat, so verhält er unmittelbar in Krämpfe und bleibt bei einem solchen Anfälle, Köppler konnte dabei unmöglich eine so ruhige Stellung auf dem Divan eingenommen haben, sondern er muß in die Lage gebracht worden sein, nachdem er bereits tot war. Die Sachverständigen meinen ferner, daß nur ein besonders kräftiger Mann die Leiche auf den Divan legen konnte. — Angeklagter: Ich kann es nicht beurteilen. — Präsi.: Am haben Sie aber erst abgesehen, daß die von Köppler stammenden Sachen in Ihrem Besitze waren. Warum haben Sie das getan? — Angell.: Herr Präsident, wenn ein Mann wie Köppler vergiftet sein soll und ich so vielfach vorbereiteter Mann wie ich damit in Verbindung gebracht werde, so ist es begründlich, daß man versucht, neue Umstände, die den Verdacht bestärken können, zu beseitigen. — Präsi.: Jagen werden und bekunden, daß Sie am Fenster gefessen

haben, von wo Sie genau sehen konnten, wer bei Köppler ein- und austrat. Es wird seitens der Anklage angenommen, daß Sie den Flur wählten, um zu beobachten, wann Frä. Kirchschmar, die Buchhalterin Köpplers, das Haus verließ. — Angell.: Diese Ansicht hat mir völlig fern gelegen. — Präsi.: Wohin sind Sie gegangen als Sie Köppler verließen? — Angell.: Nach der Restauration von Kozial in der Wöhrerstraße. — Präsi.: Sie sollen dort ein merkwürdiges Benehmen gezeigt haben. Besonders sollen Sie beim Statipiel sehr zerstreut gewesen sein, so daß Ihre Mitspieler ihre Verwunderung darüber ausdrückten. Sie sollen darauf erwidert haben, daß Sie den ganzen Abend mit Köppler Sachverständigt gespielt hätten und deshalb jetzt schlecht Stat spielten. — Angell.: Ich habe gesagt, daß ich nachmittags mit Köppler Stat gespielt habe. Ich habe auch erzählt, daß es Köppler nicht gut gehe, ich glaube aber, es läme vom geschäftlichen Verkehr. — Präsi.: Gab es nicht viele Karten im Zuchthause zu Brandenburg? — Angell.: Jawohl. — Präsi.: Sind Sie vielleicht einmal damit beschäftigt gewesen,

Gift gegen die Matten zu legen? Es soll dazu Strichnium verwendet worden sein. — Angell.: Dazu werden keine Gefangene verwendet, sondern nur Besatzung. — Präsi.: Die Anklagenimmant, daß ebensoviele wie Sie sich freude Papiere aneigneten. Sie auch Gelegenheit gefunden haben konnten, sich in den Besitz von Strichnium zu setzen. Wissen Sie davon, daß Köppler sich in letzterer Zeit wiederholt anderen Personen gegenüber dahin geäußert haben soll, daß Sie ihm lästig würden und er sich gerne von Ihnen befreien möchte? — Angeklagter: Doch sind wohl nur leere Redensarten von ihm gewesen. — Präsident: Was soll eine Ihrer Aeußerungen bedeuten in bezug der Lampen, die an dem fraglichen Abend von Köppler brennt wurden? — Angell.: Ich habe mir natürlich den Kopf zerbrochen, um mir zu erklären, welche Verwandnis es mit dem Todesfall hat. Als ich Köpplers Wohnung verließ, brannten in den drei Räumen drei Lampen. Ich nehme an, daß Köppler nur eine Lampe zu seinem eignen Gebrauch brennen ließ. Es möchte nun doch an dem noch in der Lampe vorhandenen Brennmaterial zu ermitteln sein, wie lange sie ungefähr noch gebrannt hat. — Wort.: Wir werden hören, ob dieser Umstand in Betracht gezogen worden ist. — Hiermit ist die Vernehmung des Angeklagten beendet.

Die Beweisaufnahme beginnt mit der Vernehmung einiger Zeugen. Die Juggin Clara Kreyßschmar, die Buchhalterin Köpplers, hat die Leiche zuerst zu Gesicht bekommen, als sie am Vormittag des 1. Oktober d. J. den Dienst antreten wollte. Als sie das weiße Pulver auf seinem Schreibtisch liegen sah, habe sie sich gewundert, denn Tags zuvor habe sie ihn gefragt, ob sie nicht die Arznei, die der Arzt ihm verschrieben, anfertigen lassen solle. Köppler habe es aber abgelehnt. Auf Anraten des Hauswirts Müller, den sie gerufen, habe sie das Portomonnale aus der rechten Weinkelbortische Köpplers herausgenommen, sich 30 M. von dem Inhalt angeeignet und Müller habe dann das Portomonnale wieder in Köpplers Tasche gesteckt. Sie habe angezeigt, daß Köppler plötzlich verstorben sei. Frau Elise Buchwald, die folgende Juggin, hat im zweiten Stockwerk des Hauses Greißwälderstraße 11 eine Wohnung inne. Sie ist von ihrer Wohnung herunter gekommen, zu demselben Augenblicke sei Fräulein Kreyßschmar herabgekommen mit dem Rufe: Herr Köppler ist tot! Die Juggin ist einen Augenblick mit ins Zimmer hineingetreten. Köppler habe auf dem Sofa gelegen, als wenn er schläfe. Geh. Sanitätsrat Dr. Paprosch erscheint am 30. September den Besuch des Köppler. Dieser hat ihn um Aufstellung eines Attestes, daß er am 2. Oktober wegen Krankheit einen Termin nicht wahrzunehmen im stande sei, der Zeuge hat ihm dies verweigert, ihm gegen sein Verlangen aber Antipyridin verschrieben. Es wird darauf zur Vernehmung des Gerichtschemikers Dr. Jezierich geschritten. Am 5. Oktober seien ihm vom Polizeipräsidium verschiedene Rindgäse, eine volle Flasche Rum und ein weißliches Pulver zur Untersuchung übergeben. Zunächst habe er das Pulver untersucht und fest-

gestellt, daß es zweifellos salpetersaures Strichnium war. Um so peinlicher habe er die Befäße untersucht, aber in keinem derselben eine Spur von Strichnium finden können. Wenn nur der hunderttausendste Teil eines Grammes Strichnium sich in einem Gefäße befunden hätte, würde er es mit Leichtigkeit haben feststellen können.

Darauf wird die Verhandlung bis Donnerstagvormittag 9 1/2 Uhr vertagt.

Lokales.

Die verpflanzte Lindenregulierung.

Bekanntlich hatte der Ausschuß, welcher von der Stadtverordneten-Versammlung eingesetzt war, um das Projekt der Lindenregulierung vorzubereiten, beschlossen, der Versammlung das Projekt I zur Ausführung zu empfehlen. Nach diesem Entwurf I sollte die vierfache Baumreihe in der Mitte erhalten bleiben. Da kam aber die Andienz in Hubertusstock und bei dieser Gelegenheit bekam der Oberbürgermeister zu hören, daß nur das Projekt II, welches der Tiergarten-Direktor Weitner ausgearbeitet hatte, Genehmigung finden könne. Flugs wurf der Ausschuß seinen ersten Beschluß ins alte Eisen und empfahl der Versammlung dieses allerhöchst approbierte Projekt, welches zwei Baumreihen in der Mitte beseitigte und auf die beiden Bürgersteige verlegte.

Jetzt hat sich nun herausgestellt, wunderbarer Weise erst jetzt, daß auf den Bürgersteigen Bäume gar nicht gepflanzt werden können, denn auf der Nordseite liegt gerade mit der Straße, wo die Bäume gepflanzt werden sollen, ein großer gemauerter Kanal, auf der Südseite ein großer Rohrstrang. Auf der Nordseite liegt der Kanal jetzt offen zu Tage und jeder, der ihn sieht, wird begreifen, daß dort nichts wachsen kann. Den Kanal verlegen hieße aber die beinahe fertige Straße wieder aufreißen. Ihn einen Meter tiefer legen, wie ins Auge gefaßt ist, wird auch nichts helfen. In beiden Fällen werden aber ungeheure Sammen verfrachten werden, abgesehen davon, daß im letzteren Falle der Betrieb der Kanalisation sehr in Frage gestellt wäre, weil sich diese Strecke immer unter Druck befände. Unbegreiflich ist es, wie die Tiefbauverwaltung ein Projekt durchgehen lassen konnte, von dem sie wissen mußte, daß es nicht ausführbar ist. Hatte man nicht den Mut, an der geeigneten Stelle die Unmöglichkeit der Durchführung zu beweisen? Oder hoffte man, wenn die Sache einmal im Gange ist, die Mittel leichter nachzubewilligen zu erhalten? Ein Verfahren, dessen Berechtigung zu beweisen der Tiefbauverwaltung in der Stadtverordneten-Versammlung sehr schwer fallen dürfte. Nun, die Bäume sind weg und die Berliner Steuerzahler werden sich leicht daran gewöhnen, die Via triumphalis nur mit zwei Reihen Bäumen besetzt zu sehen. Die Straße wird auch in dieser Form des freisinnigen Berlin würdig sein.

Achtung, 3. Wahlkreis! Sonntag, den 8. Juni, Familienausflug nach „Pferdebucht“ bei Köpenick. Regte Beteiligung erwartet. Der Vorstand.

Ein Milchagrarier als Milchfässer. Der Rittergutsbesitzer August Preßin um Rittergut Gröden bei Ludwigsdorf wurde gestern vor der ersten Strafkammer am Landgericht II als Milchplauscher entlarvt. Der Angeklagte produziert je nach der Jahreszeit 300 bis 500 Liter Milch, die von dem Milchhändler Barnack in Berlin gepachtet war. Im März vorigen Jahres fiel dem Pächter eine große Minderwertigkeit der Milch auf. Bei einer am 14. März vorgenommenen Probe ergab sich, daß die gefamte Mittagsmilch vollständig entrahmt war und die Fässer nur Magermilch enthielten. Barnack wandte sich an den Chemiker des Vereins Berliner Milchhändler, Dr. Riich, und ersuchte diesen, diejenigen Fässer, welche die Milch des Rittergutes Gröden enthielten, gleich beim Eintreffen des Juges auf dem Bahnhof zu untersuchen. Am 16. März erwartete ein Assistent des Dr. Riich den plombierten Milchwagen auf dem Bahnhofe und entnahm den sämtlichen 13 Fässern, die von Gröden kamen, je eine Probe, die sofort versiegelt und nach dem Laboratorium gebracht wurde. Hierbei zeigte sich, daß die Morgen- und Abendmilch normal, die Mittagsmilch — etwa 55 Liter — völlig entrahmt war. Der Staatsanwalt nahm davon Abstand, eine Gefängnisstrafe, die sonst am Platze wäre, zu beantragen, weil eine Gefängnisstrafe den Angeklagten bei seiner sozialen Stellung a schwerer treffen würde, als dies im Rahmen des Strafzweckes liegt. Jannerhin müsse aber die Geldstrafe eine hohe sein, da es sich um einen großen Vertriebsbruch handele, der aus schänder Gewinnsucht begangen worden sei, und die Milchplauscherei gemeingefährlich sei. Der Gerichtshof hielt den Angeklagten des Betruges und der Nahrungsmittelelfälschung für schuldig und verurteilte Preßin zu 1500 Mark Geldstrafe.

An dieser Verhandlung ist die Verurteilung der sozialen Stellung des Angeklagten durch den Staatsanwalt recht merkwürdig. Als ob ein verheirateter Arbeiter z. B., der nichts als seine beiden Hände besitzt, durch eine Gefängnisstrafe nicht viel empfindlicher in seiner sozialen Stellung getroffen würde als ein Wohlhabender!

Heber „Adressenmoden“ wird posthoffmäßig geschrieben: Von einer neuen Mode in der Anordnung der Aufschrift oder der Adresse von Briefen wird jetzt in Desterich viel gesprochen. Sie soll darin bestehen, daß bei der Adresse mit dem Bestimmungsort begonnen wird und dann die anderen Bestandteile, entweder der Empfänger zuerst oder Wohnungsangabe zc. folgen. Diese Anordnung ist schon seit langer Zeit in Ausland allgemein üblich. Auch der Reichs-Postverwaltung sind derartige Vorschläge wiederholt gemacht worden. Die Postverwaltung sieht aber solche Bestrebungen nicht gern. Die russische Anordnung wäre an sich für den Betrieb der Post ganz zweckmäßig, da aber nun einmal in Deutschland wie in den anderen Ländern außer Ausland die bekannte Anordnung der Aufschrift sich allgemein eingebürgert hat, wäre niemals eine Aussicht vorhanden, eine solche Änderung durchzuführen. Die Post hätte demnach mit zwei Arten von Aufschriften zu arbeiten. Was sie aber für die schnelle und sichere Erledigung ihres Dienstbetriebes braucht, das ist Gleichförmigkeit der Sendungen. Vor allem muß bei der Sendung der Bestimmungsort möglichst an derselben Stelle stehen, um ihn bei der Schnelligkeit des Sortierens leicht finden zu können. Auch die übrigen Bestandteile der Adresse sollen sich stets in derselben Anordnung wiederholen. Die Postverwaltung sucht diese Gleichförmigkeit neuerdings noch besonders zu fördern. Abgegeben von den älteren Postbeamten, wie sie in den Schaltervorkämmen angehängt sind, und der Anordnung aller von ihr herausgegebenen Formulare, hat das Reichspostamt neuerdings auch in der Zusammenstellung der Bestimmungen über die Beschaffenheit der Briefumschläge und Postkarten für die Papierindustrie auch diese Punkte berücksichtigt.

Die Ueberfüllung der Straßenbahnwagen. Aus einem nördlichen Vorort erhalten wir folgende Zuschrift: Sollte die in Nr. 128 des „Vorwärts“ besprochene bedenkliche und dabei höchst eigenartige Instruktion für die Schaffner der Großen Berliner Straßenbahn vielleicht ergangen sein, um der Entlastung zu begünstigen, die z. B. in den nördlichen Vororten immer größer wird? Tatsächlich ist, daß namentlich während der Mittagsstunden, als auch bis in den Nachmittag hinein die z. B. nach Pankow-Riedersdörfchen verkehrenden Wagen zu wenig zahlreich sind. Häufig muß man auf dieser Strecke zur angegebenen Zeit Wagen auf Wagen vorüberfahren lassen, da alles besetzt ist. Durch die erwähnte Instruktion wird nun zwar

dem Mangel nicht abgeholfen, aber die Diplomatie in der Verwaltung scheint sich von der diskretionären Verfügung der Schaffner den Erfolg zu versprechen, daß sie einheitsvoll — gegenüber „Respektpersonen“ resp. „notorischen Rädern“ — angewendet, den öffentlichen Ausdruck der Enttäuschung im Publikum mäßigt oder gar ersticht.

Mit Recht deutet der „Vorwärts“ auf die Gefahren hin, die aus der Ueberfüllung der Wagen erwachsen können. So ist es selbstverständlich, daß der Schaffner, der seine Zeit einhalten muß, bei übermäßigem Verkehr auf den einzelnen Wagen die Zeit des Auf- und Absteigens nach Möglichkeit zu verkürzen sucht. Wir haben aber mehrfach feststellen können, daß hierbei das Glockensignal so zeitig gegeben wird, daß der Wagen anküßt, ehe das Auf- resp. Absteigen völlig beendet ist — und das vielfach auch bei Schulkindern. Gerade bei dieser aber sollte alles vermieden werden, das sie an gleichgültiges Verhalten gegenüber den Gefahren des Verkehrs gewöhnen kann. Recht erwünscht wäre es, wenn auch die Leser anderer Zeitungen ihre Erfahrungen mit der „Großen“ mitteilten und daß die Zeitungen diesen Stimmen aus Leserkreisen fürsichlos Aufnahme gewähren. Das Publikum darf sich zum mindesten die rücksichtslose Ausbeutung des Monopols seitens der Gesellschaft nicht gefallen lassen.

Eine byzantinische Erfindung. Als erfunden bezeichnet das amtliche Homburger Kreisblatt jene von uns in Nr. 121 beleuchtete Geschichte, wonach der Kaiser auf der Saalburg einen Arbeiter geduzt haben soll. Das erwähnte Blatt schreibt:

An diesem Vorkommnis ist kein wahres Wort. Auf der Saalburg ist noch nie ein römisches Horn gefunden worden. Auch die weiteren Auslassungen, daß der Kaiser auf dem Horn geblasen, nachdem ein Arbeiter dies versucht, aber nur grunzende Töne hervor gebracht, sowie daß der Kaiser dem Manne zwei Cigarren gegeben, sind sämtlich willkürlich erfunden.

Als Urheber dieser Notiz wird ein Reporter Müller-Herfurth genannt. Unser Frankfurter Parteiblatt gloriert das Talent dieses Herrn noch mit folgenden Worten: Der liebevollste Ueberpatriotismus des Herrn Müller-Herfurth hat also Schiffbruch gelitten. In seinem byzantinischen Verstande, den Kaiser als leuchtenden Mann erscheinen zu lassen, hat Herr Müller-Herfurth diesmal gründlich daneben gehauen. Denn es war kaum anzunehmen, daß der Kaiser als gebildeter Mann, der er ist, einen alten Arbeiter wie einen Schulknaben mit Du anredet. So mag Herr Müller-Herfurth sich erdreisten, Arbeiter anzureden, aber von einem Manne von Lebensart ist so etwas nicht zu erwarten.

Mit der Herstellung der Unterleitung für die Straßenbahnlinien nach Charlottenburg ist jetzt auch auf der Charlottenburger Chaussee zwischen der Siegesallee und der Sonnenstraße begonnen worden.

In den gestrigen Sitzungen der städtischen Hochbau-Deputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Ramsau und der Schuldeputation unter dem Vorsitz des Stadtrats Dr. Giese-Lorn legte Stadtbaurat Ludwig Hoffmann drei neue Entwürfe für ebensoviele Neubauten von Gemeinde-Doppelschulen in der Rappel-Allee 41/42, Greifenhagenstraße und Samartierstraße vor. Die Kostenanschläge in Höhe von rund 2 200 000 M. wurden mit den Entwürfen genehmigt.

Ferien-Sonderzüge. Anlässlich der großen Sommerferien werden von Berlin folgende Sonderzüge abgelassen werden: Nach Frankfurt a. M., Straßburg, Kolmar, Basel usw. ab Potsdamer Bahnhof am 4. Juli 7³⁰ Uhr abends über Magdeburg, Giften, Nordhausen, Frankfurt, Heidelberg; am 5. Juli 7³⁰ und 7³⁰ Uhr abends über Magdeburg, Kassel, Gießen, Frankfurt, Straßburg, Colmar; am 15. Juli 7³⁰ Uhr morgens über Magdeburg, Giften, Nordhausen, Frankfurt, Straßburg, Colmar, und ab Anhalter Bahnhof am 16. August 8³⁰ Uhr abends über Eisenach, Frankfurt, Heidelberg, Karlsruhe. Hierzu werden 45 Tage gültige Rückfahrkarten ausgeben für 2. und 3. Wagenklasse. Die Preise stellen sich: Frankfurt a. M. 36,30 resp. 25,50 M., Straßburg 61,10 resp. 36,10 M., Basel 57,80 resp. 40,70 M., Basel über Heidelberg oder nach Konstanz oder Schaffhausen über Trierberg - Siegen 61,40 resp. 43,10 M., Freiburg oder Trierberg 53,50 resp. 37,70 M., Colmar 55,40 resp. 39,20 M.

Nach München, Lindau, Aulstern, Salzburg und Bad Reichenhall über Probstzella-Richtersfels-Rürnberg ab Anhalter Bahnhof am 4. und 5. Juli, 2³⁰ Uhr nachmittags; am 15. Juli und 15. August 2³⁰ Uhr nachmittags. Hierzu werden 45 Tage gültige Rückfahrkarten für 2. und 3. Wagenklasse zu nachstehenden Preisen ausgeben: München 43,50 resp. 30,70, Lindau oder Aulstern über Fuging 57,80 resp. 40,50, Aulstern 49,90 resp. 35,10, Salzburg oder Bad Reichenhall oder Tölz oder Aulstern 53,80 resp. 37,90 M. Der Verkauf der Fahrkarten findet für die Jüge am 4. Juli vom 20. bis 27. Juni, für die Jüge am 5. Juli vom 21. bis 28. Juni, für die Jüge am 15. Juli vom 1. bis 8. Juli, für die Jüge am 15. August vom 1. bis 8. August auf den Abgangsstationen, ferner auf den Bahnhöfen Zoologischer Garten, Friedrichstraße, Alexanderplatz, ferner auf dem amtlichen Reisebureau, Potsdamer Bahnhof, internationalem Reisebureau Unter den Linden 69, Karl Stangen, Friedrichstr. 73, Invalidentank, Unter den Linden 24, von 8-1 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags statt. — Am 19. Juli wird vom Anhalter Bahnhof ein Fernzug nach Stuttgart, Ulm und Friedrichshafen (Wobener Schweiz) abgelassen werden. Abfahrt Berlin 2³⁰ Uhr nachmittags, Ankunft Stuttgart 7³⁰, Ulm 10³⁰ vormittags, Friedrichshafen 2³⁰ Uhr nachmittags. 45 Tage gültige Rückfahrkarten 2. und 3. Klasse kosten: Stuttgart 43,40 resp. 30,60, Friedrichshafen 55,80 resp. 39,40, Ulm 49,80 resp. 34,80 M. Der Fahrkartenerwerb findet vom 5.-12. Juli an den vorgenannten Stellen von 8-1 Uhr vormittags und von 3-6 Uhr nachmittags statt.

Der Klub der Siebenmonatskinder machte am Dienstag einen Dampferausflug nach Ziebutz am Fuße der Gosemer Berge in der Berliner Schweiz. Wenn man hört, daß das kleinste dieser „Kinder“ schon 225, das größte dagegen 416 Pfund wiegt, so kann man sich selbst ausrechnen, daß ihrer 180 gerade der größte Stern-dampfer noch über Wasser halten konnte. Von dem Appetit der gewöhnlichen Ausflügler giebt die Verpflegungsstatistik an Word eine schwache Vorstellung. Es wurden trotz der drückenden Hitze während der Fahrt allein verzehret: 2 Centner 48 Pfund Brotwaiver, 68 Pfund Schabefleisch, 2 Prager Schinken in Teig gebaden, 4 Polsekämme, 40 Eisbeine und ungewogene Mengen Limburger und Schweizer Käse. Getrunken wurden dazu an Word nur 5 Tonnen Bier. Was dann an Land an Speisen und Getränken noch hinzukam, weiß man noch nicht. Der Wirt, bei dem die Siebenmonatskinder einkehrten, ist mit der statistischen Aufnahme noch nicht fertig. Vorläufig konnte er nur feststellen, daß seine Vorräte erschöpft sind. Nach der Labung ergötzen sich die „Kinder“ im Freien mit allerhand Gesellschaftsspielen, Weitsäufen, Kegelschieben usw. Die Rückfahrt ging glatt von statten, ohne daß der Dampfer irgendwelche neuen Köhlen überzunehmen. Die schwächeren und zarteren Häften der Klubmitglieder wollen in diesem Sommer für sich ebenfalls eine Partie machen, ob zu Wasser oder zu Lande, ist noch nicht entschieden.

Ein häßliches Strafenbild sah man gestern, Mittwoch nachmittags um 2 Uhr auf dem Alexanderplatz. Vom Viehhofe her kam ein Wagen von Otto Beckholz aus der Quaststr. 11 zu Spanbau, der mit 18 großen Schweinen beladen war. Die Tiere waren erst gestern morgen auf dem Viehhofe angekommen, augenscheinlich nicht genügend getränkt und so eng zusammengepackt, daß sie zum Teil übereinanderlagen, Schaum und Blut standen ihnen vor dem Maul. Die unvertägliche Hitze unter dem glühenden Sonnenbrand auf dem unverdeckten Wagen machte sie schließlich wild. Als ein Tier vom Wagen entsprang, wurde das Publikum auf dieses aufmerksam und sammelte sich in großer

Menge, um seiner Entrüstung über die Grausamkeit einer solchen Verfolgung Ausdruck zu geben. Der Richter entschloß sich denn auch, nachdem man das entpörrliche Schwein mit einiger Mühe wieder eingekerkert hatte, die Schweine mit dem Eimer, den er für die Fische mitführte, aus einem Straßenbrunnen zu tränken. Da nun er aber bei dem Eigentümer, der jetzt zufällig eintraf, schied an. Der unverschämte Mann schalt ihn, daß er sich aufhalte. Was aus den Schweinen werde, gehe ihn gar nicht an, das sei lediglich seine, des Eigentümers, Sache. Diese Raubart entsetzte den Anwohner des Publikums in einer Weise, die es dem Ratman geraten erschienen ließ, auf einem Straßenbahnwagen das Weite zu suchen, um einer fähigsten Verfolgung zu entgehen.

Germann Gandwindt hat in einer 82 Seiten langen Eingabe u. a. behauptet, daß er die ungerechte Verfolgung seinem Bruder Joseph, dem „Berliner Tageblatt“ und dem Schöneberger Kriminalkommissar Richard Ruck verdanke. Der Letztere sei von den beiden andern bestraft worden. — Der Minister sandte das Schreiben an den Schöneberger Polizeipräsidenten Hammacher, der es natürlich dem Kommissar Ruck vorlegen ließ. Polizeipräsident Hammacher hat nunmehr gegen Gandwindt Strafantrag bei der Staatsanwaltschaft gestellt. Das „Berliner Tageblatt“, für das Gandwindt auf solche Weise Bekanntheit macht, behält sich seine „eventuellen Maßnahmen“ vor.

Zimmer der alte Lichtsinn! Beim Auffpringen auf einen elektrischen Straßenbahnwagen verunglückte in der vergangenen Nacht der 23 Jahre alte Droguist Friedrich Jahnke aus der Magazinstraße 10 zu Charlottenburg. Jahnke war in Berlin gewesen und wollte mit einem der letzten Straßenbahnzüge nach Hause fahren. Bei dem Versuch, an der Siegesallee während der Fahrt aufzuspringen, kam er zu Fall und geriet unter den Wagen. Der Verunglückte wurde bestimmungslos nach der Charité gebracht. Er ist so schwer verletzt, daß an seinem Auskommen gezweifelt wird.

Ein erschütternder Unglücksfall, dem ein Kind zum Opfer fallen dürfte, ereignete sich gestern bei einem Reubau in der Kalksteinstraße. Als die achtjährige Tochter des Arbeiters Roth aus der Lindenstraße den Bauplatz passierte, stürzte vom fünften Stockwerk ein Ziegelstein in die Tiefe und fiel dem Kinde auf den Kopf. Die arme Kleine stürzte mit einem schweren Schädelbruch zusammen und wurde nach der Unfallstation an der Warschauerstraße gebracht, wo ihr ein Notverband angelegt wurde. Mittels Rettungswagen wurde sie dann nach dem Krankenhaus am Friedrichshain übergeführt.

Ein Straßenbahn-Unfall hat sich gestern abend gegen 1/8 Uhr in der Greifswalder- Ecke der Grüntalerstraße zugetragen. Der 45 Jahre alte obdachlose Arbeiter Friedrich Heidner, der auf einer Bank des Promenadenweges in der Greifswalderstraße gesessen hatte und sich in angetrunkenem Zustande befand, stand plötzlich auf und versuchte, sich kurz umwendend, unmittelbar vor dem herankommenden Straßenbahn-Wagen Nr. 1787 der Linie Greifswalderstraße-Hausaplay das Recht am Promenadenweg entlang führende Geleise zu überschreiten. Er rannte feilsch gegen die Ecke der Vorderplattform und wurde bei dem Anprall zurück- und zu Boden geschleudert. Heidner, der aufstehend erhebliche innere Verletzungen erlitten hat, wurde in bestimmungslos Zustand mittels Droschke nach dem Krankenhaus Friedrichshain gebracht.

Selbstmord. Eine 18-20 jährige Dame wurde gestern nachmittag als Leiche aus dem Schlahtenreze gezogen. Sie mochte erst kurze Zeit vorher ins Wasser gesprungen sein. Die Identität derselben ist noch nicht festgestellt. Die Dame, welche weiß gekleidet war, machte den Eindruck einer besessenen Stürmerin. Die Beförderung nach Jekendorf wurde sofort von dem Hund benachrichtigt.

Von einem großen Schadenfeuer heimgesucht wurde in letzter Nacht das Expeditionsgeschäft der Firma C. Henze in der Reibstraße 22. Kurz vor Mitternacht schlugen Flammen aus dem Dach des sehr umfangreichen Gebäudes, und da bei der Menge der dort lagernden Expeditionsgüter die Vorbereitungen für einen großen Brand geboten waren, so ließ die in der Nähe des Brandherdes liegende Feuerwache der Reibstraße sofort die Weisung „Mittelfeuer“ ergehen, worauf von allen Seiten die Löschzüge heraufstießen. Mit unheimlicher Schnelligkeit hatte sich inzwischen das verheerende Element über Bodenräume von mehr als 30 Meter Länge verbreitet und drohte, durch die Transmissionskämme auch auf die Läger der unteren Etagen überzugreifen. Brandinspektor Reinhardt, der an Stelle des verreisten Brandführers die Löscharbeiten leitete, ließ daher sofort vier Dampfspritzen in Tätigkeit treten, von denen zwei in der Reibstraße und je eine in der Preussener- und Alte Schützenstraße aufgestellt waren. Außerdem arbeiteten noch fünf Hydrantenrohre, so daß enorme Wassermengen den Flammen zugeführt wurden. Während der Hauptangriff von der Reibstraße aus über drei mechanische Leitern erfolgte, wurde gleichzeitig von der Preussenerstraße aus, bis wohin das Grundstück reicht, erfolgreich vorgegangen, so daß bereits nach dreiviertel Stunden das Feuer zum Stehen kam. Einige Löschzüge konnten nunmehr wieder abrufen, doch hatten die übrigen noch stundenlang mit der vollständigen Ablösung sowie mit den Aufräumarbeiten zu thun.

Feuerbericht. Eine ganze Reihe von Alarmierungen hatte die Wehr wieder in den letzten 24 Stunden zu verzeichnen. In der Nacht zum Mittwoch wurde sie nach der Viechtalerstraße 20 gerufen, wo in einer Wohnung Kleidungsstücke Feuer gefangen hatten. Auch die bei der jetzt herrschenden tropischen Hitze üblichen Pfeifkohlenbrände fehlten nicht, und hatte die Wehr in letzter Nacht deren drei abzulösen und zwar in der Bartelstraße 5, auf dem Anhalter und Moabitier Güterbahnhofe. Mittwoch früh gegen 7 Uhr mußte in der Korfstraße 16 ein Schornsteinbrand beobachtet werden. Außerdem erfolgten noch Alarmierungen nach der Schützenstraße 145, Lintenschloß 140, Alexanderstraße 57 und der Biondstraße 15.

Der Beginn der Sprachstunden der jahrgänglichen Volksschule in der Schützenstraße 1a für die kostenfreie Behandlung unheimlicher Personen ist von heute ab auf 8 Uhr nachmittags verlegt worden.

Das Apollo-Theater läßt zur Zeit in seinem Spezialitäten-Teil eine Anzahl Künstler von hervorragender Bedeutung auftreten. Besonders beachtenswert ist die vorläufige Truppe, eine Gesellschaft von Akrobaten und Handakrobaten, welche mit einer überaus hohen Kunstfertigkeit arbeitet. Ebenso bildet der Russtänzer Arthur Kostana, welcher mit seiner Gehilfin Paula v. Kooch verblüffende Stüde zum besten gibt, eine Hauptanziehung des Abends. Ferner sind zu nennen der Pfeifer-Virtuose Waldin und die Sängerin Fel. Leisner. Das Kinematograph zeigt seine Aktualität darin, daß es den ersten Ausbruch des Mont Vesuve auf Martinique vorführt. Ein originelles Bild dieses Apparates besitzt sich Andreas Nordpolsfahrt. — Neben dem Spezialitäten-Teil kommt Linkes melodienreiche Operette „Hyffirata“ allabendlich zur Geltung.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Parteigenossen werden nochmals auf die heute, Donnerstagabend, bei 8 Uhr, Meiningerstr. 8, stattfindende Versammlung aufmerksam gemacht, die sich mit der bevorstehenden Wahl im 4. Bezirk beschäftigt wird.

Aus Wilmersdorf. Die Gemeindevertretung vervollständigte in ihrer Sitzung am Dienstag das Kassenratium durch die Wahl des Schöffen Dr. Grothmann und des Gemeindeverordneten G. G. G. auf sieben Mitglieder. An Stelle eines aus dem Kassenratium ausscheidenden Mitgliedes wurde Gemeindeverordneter B. B. B. gewählt. Nachdem für den Umbau der höheren Töchterschule am Orte 0080,47 M. nachbewilligt waren, beschäftigte sich die Gemeindevertretung mit einer Angelegenheit, die den Wandel aller Verhältnisse hellleuchtend offenbart. Von uns ist seiner Zeit berichtet worden, daß der neulich in öffentlicher Sitzung gefasste Beschluß, sich am 25-jährigen Stiftungsfest des Kriegervereins offiziell nicht zu beteiligen, eine Stunde später in geheimer Sitzung den

bürgerlichen Vertretern bereits leid geworden war. Der Antrag auf Beteiligung an der Feier stand nun am Donnerstag abends auf der Tagesordnung. Zuerst sollte er in geheimer Sitzung behandelt werden; auf einen von sozialdemokratischer Seite gestellten Geschäftsordnungsantrag hin beschloß man jedoch, die Angelegenheit öffentlich zu erledigen. Unser Parteigenosse Hilpert warnte die Gemeindevertretung eindringlich davor, sich durch Beteiligung an dem Fest mit einer Körperhaftigkeit zu identifizieren, gegen deren politische Tendenzen die Mehrheit der Bevölkerung lebhaften Widerwillen hegt. Die Begeisterung für den Kriegerverein hatte jedoch mittlerweile alle bürgerlichen Vertreter ergriffen und so wurde denn mit 18 gegen die drei sozialdemokratischen Stimmen beschloffen, eine Deputation zu dem erwähnten Fest zu senden und außerdem dem Vorsitzenden des Kriegervereins einen Ehrenabend zu spenden. — Der Regierungspräsident hat dem Gemeindevorstand mitgeteilt, daß von Staatswegen für einen Handwerker Mittel zum Feiern der Düssel-dorfer Ausstellung bereitgestellt sind. Es soll der Betrag von 150 M. zu diesem Zweck in dem Fall hergegeben werden, daß die Gemeinde sich bereit erklärt, den etwa eben so hoch gedachten Restbetrag zuzuschließen. Es wurde beschloffen, unter diesen Bedingungen einen noch auszuwählenden Arbeiter aus Wilmersdorf, der bereit und im Stande ist, über seine Beobachtungen Bericht zu erstatten, nach Düsseldorf zu senden. Ueber einen von sozialdemokratischer Seite gestellten Antrag, noch einen zweiten Arbeiter auf Kosten der Gemeinde zu delegieren, soll in einer späteren Sitzung beraten werden. — Einer Anregung unseres Parteigenossen Ratusch, das Gewerbegericht so bald als möglich in Funktion treten zu lassen, wurde vom Vorsitzenden Schöffen Kammrath stattgegeben. — In geheimer Sitzung wurde unter anderem mitgeteilt, daß die angeforderte Erziehungswahl in der dritten Abteilung, die auf den 12. Juni angesetzt war, vorläufig nicht erfolgen kann, da die Gültigkeit sämtlicher Wahlen dieser Abteilung im Klagewege angefochten werden soll. Die Wahl war erforderlich geworden, weil der Gemeindevorstand zugab, der sowohl in der ersten wie in der dritten Abteilung gewählt ist, in der ersten Abteilung die Wahl angenommen hatte.

Unsere Parteigenossen haben in einer am Montag bei Witte abgehaltenen Volksversammlung Wahlenthaltung beschloffen, da das elende Wahlgesetz einen Hausbesitzer als Kandidaten vorschreibt und ein solcher der Sozialdemokratie am Orte nicht zur Verfügung steht. In dieser auch von Frauen stark besuchten Versammlung hielt Genosse Vebel einen packenden Vortrag über die heutige Sozialpolitik der Regierung.

Aus Spandau schreibt man uns: Ein herbes Mißgeschick hat nun schon zum zweitenmal den Stadivorderordneten Zimmermeister Reinecke, ein bekannter Sozialistenfresser, betroffen. Vor seiner Wahl zum Stadivorderordneten hatte Herr R. einmal die Versicherung abgegeben, daß er im Falle seiner Wahl keine städtischen Arbeiten übernehmen würde. Dieses Versprechen wiederholte er später gelegentlich sogar im Stadiparlament. Nichtsdestoweniger führte Herr Reinecke aber dann im vorigen Jahre für Rechnung der Stadt in der Seeburgerstraße eine Reihe von Arbeiten aus, von denen er hinterher, als ihn unsere Genossen stellten, behauptete, „er habe zuerst nicht gewußt, daß es sich um städtische Arbeiten handelte“. Dies half ihm aber nichts, er mußte damals auf Grund eines bestehenden Ortsstatuts seinen Posten in der Baudeputation niederlegen. Bei der diesjährigen Renewal der Baudeputation wurde Herr R. wieder in dieselbe hineingewählt. Unsere Genossen haben nun wiederum festgestellt, daß Herr R. zum zweitenmal sein Wort nicht gehalten und aufs neue städtische Arbeiten ausgeführt hat. Diesmal handelte es sich um zwei Altenspinden, welche ursprünglich dem Tischlermeister Kirjastein zur Aufsertigung übertragen worden waren. Infolge der von diesem vorgenommenen Räumveränderungen seines Personals und der vom Holzarbeiter-Verband verhängten Sperre blieben die Arbeiten jedoch liegen; als „Metter in der Not“ erwiderte nun Herr Reinecke, der die Fertigstellung der Spinden übernahm. Jetzt hat ihn aber auch unmittelbar darauf zum zweitenmal das Geschick ereilt, daß er seinen Posten in der Baudeputation quittieren muß. Die Ertragwahl für ihn wird auf Antrag des Magistrats von der Stadtverordneten-Versammlung bereits am Donnerstag vorgenommen.

Mit den Beschlüssen der Synoden auf Verminderung des Sonntags wird sich am nächsten Dienstagnachmittag 4 Uhr im Lokal von Keller, Köpenickerstr. 29, eine Gastwirtsversammlung begeben. Referent ist der freisinnige Stadivorderordnete Berl.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Die Differenzen im Berliner Schlächtergewerbe wegen der Verlegung des Stellenwechsels, die sich schon nahezu ein halbes Jahr hinziehen, sollen aller Voransicht nach auch in dem nächsten Monate noch nicht beigelegt werden. Die Innungsmeister haben die erneute Beratung dieser Frage auf den Herbst vertagt. Sie wollen nun offenbar ihre Macht zeigen, weil die Gesellenvertreter die Annulierung des Innungsbeschlusses durch die Aufsichtsbehörde bewirkten, wonach vom 1. Juli dieses Jahres ab Weistern und Gesellen die Kündigung und gleichzeitige Auflösung des Arbeitsverhältnisses an jedem beliebigen Wochentage, mit Ausnahme der Sonnabende und Sonntage zulässig, sollte. Da nun der diesbezügliche Innungsbeschluss ohne Wirkung ist und die Gesellen sowohl wie ein großer Teil der Meister mit demselben sowieso nicht einverstanden sind, so bleibt es vorläufig noch bei der Sonntagskündigung und Entlassung.

Die Differenzen, die zwischen dem Gastwirt Herrn T e h n o w, Halensfelde bei Spandau, und dem Verband deutscher Gastwirtsgehilfen ausgebrochen waren, haben ihre Erledigung gefunden, indem Herr T e h n o w den Lohnstarif des Verbandes anerkannt hat.

Hammer! Bei dem Steinseymester Jäger in Spandau haben am Dienstag vier Mann die Arbeit niedergelegt, da derselbe sich fortgesetzt geweigert hat, nach dem Lohnstarif zu zahlen. Zugang ist ferngehalten.

Deutsches Reich.

Zum Straßenbahner-Streik in Stuttgart.

Vor dem Ausbruch des Streiks hatte die Direktion der Straßenbahn durch die ihr zur Verfügung stehende Presse falsche und übertriebene Darstellungen von den Forderungen der Angestellten in die Oeffentlichkeit gebracht, um das große Publikum gegen die Lohnbewegung zu stimmen. Nachdem dann aber die bescheidenen, durchaus berechtigten Forderungen der Angestellten bekannt wurden, und mehr noch nachdem die Direktion ohne Umschweife verlangte, daß ihr Personal auf das Koalitionsrecht verzichte, setzten sich die Einwohner Stuttgarts mit seltener Einmütigkeit auf die Seite der Streikenden, und zwar nicht nur die Arbeitererschaft, sondern weite Kreise des Bürgertums. Alle Schichten der Bevölkerung bekundeten den Ausständigen ihre wärmste Sympathie und nahmen entschieden Stellung gegen das schroff ablehnende Verhalten der Direktion. Das kam klar und unzweideutig zum Ausdruck in einer — von uns gestern bereits erwähnten — Volksversammlung, die am Montag unter sehr starker Beteiligung der verschiedensten Bevölkerungsschichten stattfand. Unter dem Gewerkschaftssekretär R ä t h e r, den Landtagsabgeordneten Keil und Silbenbrand sprach sich auch der Stadtpfarrer Traub rühmend für die Forderungen der Streikenden und gegen das Verhalten der Direktion aus.

Der Straßenbahnbetrieb ruht — wie die bis jetzt vorliegenden Nachrichten erkennen lassen — so gut wie vollständig. Nur auf einer Hauptlinie gehen einige Wagen, deren Führer und Schaffner von der angesammelten Volksmenge mit deutlichen Zeichen des Unwillens begrüßt werden. Bei dieser Gelegenheit kam es am Montagabend infolge des Einschreitens eines Schuttmannes zu einem Konflikt zwischen einzelnen Personen und Polizeibeamten, die vier Verhaftungen vornahmen. Einer der Verhafteten wurde gefesselt und von zwei Schulheuten mit gezücktem Seitengewehr zur

Wache gebracht. Diese demonstrativen Zusammenkünfte liegen es gegen 7 Uhr der Polizei geraten erschienen, die Einstellung des Betriebs anzuordnen.

Die Direktion sucht durch Inzerate in auswärtigen Wäthern Schaffner und Führer gegen einen Monatslohn von 120 M., während sie ihrem gesuchten und allgemein beliebigen Personal nur 60 M. geben will, öffentlich finden sich keine Streikbrecher.

Die Streikenden halten einmütig im Kampfe aus. Von Stuttgarter Bürgern sind namhafte Geldsummen zur Unterstützung der Ausständigen eingegangen. — Die Werkstättenarbeiter der Straßenbahn wurden aufgefordert, Fahrdienst zu thun. Sie lehnten diese Zustimmung einstimmig ab.

Eine Meldung des Wörlitzer Telegraphenbüreaus vom Mittwoch den 4. Juni besagt:

Eine zwischen dem Aufsichtsrat und der Leitung einerseits und einem Ministerialdirektor andererseits veranstaltete Unterredung verlief resultatlos. Der „Schwabische Merkur“ richtet einen Appell an die Straßenbahn-Direktion, auch bezüglich der Koalitionsfreiheit den Straßenbahn-Bediensteten entgegenzukommen. Auch am Dienstag lauten Ausschreitungen vor, die zu Verhaftungen führten. Gestern abend wurden der Direktion von der Leitung des Ausstandes modifizierte Forderungen übergeben, welche die Direktion mit dem Vemerzten ablehnte, sie könne auf weitere Verhandlungen nicht eingehen, da sie die Ausständigen als vertragsbrüchig nicht mehr in ihren Diensten stehend ansehe, nachdem am Sonntagabend die für 11 Uhr abends versprochene Antwort der Ausständigen nicht eingegangen und der Ausstand am Sonntag fortgesetzt worden sei.

Die Lohnbewegung in Hamburger Baugewerbe ist durch den Beschluß der Unternehmer-Organisation, wonach bei Fortdauer der Aussperrung vom Mittwochabend die allgemeine Aussperrung erfolgen sollte, bis zum Dienstag noch in keiner Weise beeinflusst worden. Die Zimmerer sowie die Bauarbeiter hatten auch an diesem Tage wieder neue Bewilligungen zu verzeichnen. Aus einer Inzukunft, die ein Baugewerksmeister dem „Hamburger Echo“ sandte, geht hervor, daß die Arbeitgeber keineswegs einig sind bezüglich der beschlossenen Aussperrung und der Ablehnung der Arbeiterforderungen. Einer Wörlitzer Depesche zufolge hat am Dienstag wieder eine Versammlung, in der angeblich fast sämtliche Arbeitgeber von Hamburg, Altona, Wandbühl und Harburg teilnahmen, beschloffen, am Mittwochabend sämtliche Maurer und Zimmerer zu entlassen, und zwar auch die, welche dem Verbands nicht angehören.

Ob der Beschluß ausgeführt wird, bleibt abzuwarten.

Die Maurer in Wittenberg traten am 3. Juni in den Streik. Sie fordern eine Lohnerhöhung von 35 auf 40 Pf. pro Stunde und keine Verbesserungen der Arbeitsbedingungen sowie der Waden und Schuhe und Abschließung eines Arbeitsvertrages. 115 Maurer nahmen in einer Versammlung einstimmig den Streikbeschluss, 125-130 sind im Lohnbezirk beschäftigt. Die Arbeitslosigkeit ist gut.

Der Zimmererstreik in Braunschweig dauert fort. In einer Versammlung des Arbeitgeberverbandes teilten die Bauunternehmer mit, daß sie die Zimmermeister wegen Fertigstellung der Arbeiten nicht drücken, sondern nötigenfalls die Bauten ruhen lassen und die Maurer entlassen würden. Im Streik befinden sich 247 Zimmerer, 170 Maurer und 72 Hilfsarbeiter.

Die Barbier- und Friseurgehilfen in Hannover haben am Montag den Streik für beendet erklärt. Die Innung in Linden hat die Forderungen insgesamt bewilligt, in Hannover arbeitet ein großer Teil der Gehilfen zu den neuen Bedingungen, jedoch entspricht das Resultat der Lohnbewegung nicht den Erwartungen der Gehilfen. Die streikenden Barbierfluben sind mit Aufhebung des Streiks eingegangen.

Ausland.

Zum Streik der Kupferschmiede in Triest. Nachdem die Lloyd-Direktion geneigt war, allen vierzig Kupferschmieden und Hilfsarbeitern die Löhne zu erhöhen, und die Verpflichtung übernahm, die noch herrschenden Unbillstände zu beseitigen, wurde Freitag die Arbeit wieder aufgenommen. Im Stabilimento tecnico stehen noch immer fünfzig Kupferschmiede im Streik.

In Triest sind 250 Schiffschloßenträger am 2. Juni in den Ausstand getreten.

In Szegedin (Ungarn) ist ein Ausstand der Maurer ausgebrochen. Es wird Lohnerhöhung und Verkürzung der Arbeitszeit verlangt. 600 Maurer haben am 2. Juni die Arbeit niedergelegt.

Allgemeine Aussperrung der Metallarbeiter Stockholms. Mehr der größten Firmen der Stockholmer Metallindustrie haben am Montagabend den Tageszeitungen Stockholms (mit Ausnahme von „Socialdemokraten“) eine Annonce zugesandt, worin sie erklären, daß sie ihre Betriebe vom 16. Juni ab schließen, falls bis dahin nicht der Konflikt mit der Separator-Fabrik beendet ist. Wenn diese Drohung ausgeführt wird, dann wird die Zahl der ausgesperrten Arbeiter in Stockholms, einschließlich der Separator-Arbeiter, auf circa 5000 steigen.

Aus Barcelona wird berichtet: Die Zahl der ausständigen Hafenarbeiter hat zugenommen. Die Beladung und Entladung der Schiffe stockt. Eine große Anzahl von Ausständigen wurde verhaftet.

Der Grubenarbeiterstreik in Pennsylvania — so wird dem „Daily Telegraph“ aus New York berichtet — nimmt an Umfang zu. 80 000 P e w a f f n e t e werden von den Gesellschaften zum Schutze der Gruben verwendet. Elektrische Drähte mit überaus hoher Stromspannung umgeben die Gruben, so daß jeder, der sie berühren sollte, tot niedergestreckt würde. Auf verschiedenen Bahnhaltungen sind Panzerzüge aufgestellt.

Angehts dieser kriegerischen Unternehmungen der amerikanischen Kohlenkönige dürften unsre deutschen Industriemagnate lebhaft wünschen, daß sie bei der nächsten Gelegenheit mit ähnlichen Gewaltmitteln vorgehen könnten. Wie schön wäre es doch, wenn man auch bei uns gegen streikende Arbeiter Panzerzüge aufahren und totrbringende elektrische Drähte anspannen könnte. Entwischen muß man sich bei uns freilich mit Gesetzesparagrafen behelfen, in die sich streikende Arbeiter leichter versenken als in elektrischen Drähten.

Versammlungen.

Eine Bantischer-Versammlung, die am 1. Juni im Gewerkschaftshaus tagte, beschloß, daß dort, wo die Kollegen in größter Zahl organisiert sind und deshalb auf Erfolge rechnen können, an den Unternehmer heranzutreten sei, daß die Scheingelassen entlassen werden. Die Kollegen sind aber verpflichtet, die Kommissionen und die Verwaltung von ihrem Vorgehen zu informieren. Ferner wurde beschloffen, daß die Kollegen in den Werkstätten vorgehen, wo der Maschinen- und Grundtarif nicht durchgeföhrt wird, und daß sie sich verpflichtet, auf alle Fälle für Durchföhung der Tarife einzutreten und den Innungsnachweis strikte zu meiden.

Der Verein zur Wahrung der Interessen der Maurer Berlins hielt am 28. Mai eine Versammlung ab. Unter anderem wurde die Recordarbeit der Payer besprochen. Der Referent Kater beurteilte es scharf, daß die Berliner Payer entgegen einer von ihnen gefassten Resolution immer noch in Record arbeiten. Kater referierte sich in dem Sinne, daß wenn die Payer nicht Lohnarbeiten wollen, was ja in ihrer Resolution enthalten ist, unsere Kollegen zu empfehlen sei, ebenfalls Quararbeit auszuführen. In der Diskussion sprachen sich sämtliche Redner in demselben Sinne aus. Dem Schluß wurde beschloffen, den Vorstand zu beauftragen, mit dem Vorstand der Payer eine Sitzung abzuhalten, über die von ihnen gefasste Resolution zu diskutieren und über das Ergebnis derselben der nächsten Versammlung Bericht zu erstatten.